

Johannes Beck

aus Deutschland

Sprung ins Leere?

Dollarisierung in Ecuador

Stipendien-Aufenthalt in Quito, Ecuador

18. Januar bis 18. April 2002

betreut von der Friedrich-Ebert-Stiftung, Quito

Zur Person

Geboren am 30. April 1972 in Meersburg am Bodensee hat mich erst einmal lange nichts nach Lateinamerika verschlagen. Bis auf das gelegentliche Hören von Sendern aus Brasilien, Peru oder Venezuela, deren Fußballreportagen oder Musikprogrammen ich knisternd und knatternd auf Kurzwelle verfolgte, blieb mir Lateinamerika eine fremde, unerreichbar erscheinende Weltregion. Mein Zivildienst in Lissabon sollte 1991 aber ein erster Schritt in diese Richtung sein, zumindest konnte ich danach mit Portugiesisch bereits eine der beiden Sprachen. Danach brachte mir das Studium der Regionalwissenschaften Lateinamerika an der Uni Köln mit Spanisch die zweite Sprache und den Sprung über den Atlantik mit Praktika und Auslandssemestern in Montevideo und São Paulo. Seit 1999 bin ich – anfangs als Volontär und inzwischen als Wirtschaftsredakteur – bei der Deutschen Welle in Köln tätig. Seitdem lassen mich auch beruflich Lateinamerika und die Iberische Halbinsel nicht mehr los, sei es fest für die Deutsche Welle oder frei für andere Hörfunk- oder Printmedien. Mit der Heinz-Kühn-Stiftung hatte ich die Gelegenheit, meinen Fokus von Brasilien und den südlichen Staaten des Mercosur wie Uruguay und Argentinien auf den Andenraum mit Ecuador auszudehnen.

Dankeschön!

Mein herzlicher Dank geht besonders an die Heinz-Kühn-Stiftung für ihre großzügige Unterstützung meines Aufenthaltes in Ecuador und vor allem an Ute Maria Kilian für ihre stete Hilfe. In Ecuador möchte ich mich speziell bei der Friedrich-Ebert-Stiftung/ILDIS bedanken, wo mir der Leiter Hans-Ulrich Büniger sowie die Mitarbeiter Alberto Alcosta und Wilma Suquillo tatkräftig zur Seite standen. Mein Dank gilt auch der Zeitung El Comercio und ihren Redakteuren, die mir während eines Monats wertvolle Einblicke in den ecuadorianischen Journalismus ermöglicht haben. Der Dank geht vor allem an die leitenden Redakteure Marco Araúz, Hernán Ramos, Darwin Massuh und Lenyn Muela. Darüber hinaus an die Reporter Rodrigo Romero, Silvia Santacruz, Carlos Villacís, Andrea Rodrigues, Gaby Paz y Miño, Enrique Medina und César Sosa, die mich nicht nur bei der Arbeit in El Comercio mit Rat und Tat unterstützt haben. Nicht zuletzt gilt mein Dank der Familie Dillon für ihre Gastfreundschaft.

Das bittere Ende des Sucre

Auf einer kleinen blauen Plastikdecke, ausgebreitet auf dem kalten Betonboden des Bürgersteigs an der Ecke Avenida 10 de Agosto und Santa Prisca im Zentrum Quitos liegen sie, die Scheine und Münzen der früheren Landeswährung Sucre, teilweise schwarz eingefärbt vom Schmutz der vorbeifahrenden, rußenden Busse. Einst waren die Sucres stolzes Symbol Ecuadors. Sie erinnerten an Marschall Antonio José de Sucre, den Helden des Unabhängigkeitskampfes der Andenländer gegen die Spanier Anfang des 19. Jahrhunderts. Heute nehmen nur wenige Passanten auf ihrem hastigen Weg Notiz vom kleinen Verkaufsstand María Ventimillas, die hier Sucre-Scheine und -Münzen verkauft, sozusagen die Überlebenden der Dollarisierung im Jahr 2000.

Die meisten ihrer Kunden, sagt Ventimilla, vermissen die Sucres: "Die Nachfrage nach Sucres ist stark. Die Leute fühlen Nostalgie und kaufen Sucres, um ihren Kindern und Enkeln zu zeigen, wie einmal unsere Währung war." Früher sei der Sucre noch etwas wert gewesen, klagt Ventimilla. Doch die Zeit lässt sich nicht mehr zurückdrehen. Im nur 100 Meter vom Verkaufsstand Ventimillas entfernten Gebäude der ecuadorianischen Zentralbank werden seit dem 8. September 2000 keine Sucres mehr ausgegeben, sondern nur noch die Verteilung der US-Dollars in Ecuador organisiert.

Katastrophe oder Allheilmittel?

In seinem Büro im obersten Stock des Gebäudes des *Banco Central del Ecuador* gibt sich Zentralbankchef Mauricio Yépez überzeugt. Die Dollarisierung sei die richtige Entscheidung gewesen. Mit ihr habe man das Fundament für eine gesunde Wirtschaft gelegt. Keine Spur von Wehmut über den Verlust der nationalen Währung. Dabei hätte man dies von einem Notenbanker erwarten können, denn schließlich markierte das Ende der Landeswährung immerhin den Abschied von einer unabhängigen Geldpolitik, traditionell die Hauptaufgabe jeder Zentralbank.

Für die ecuadorianischen Ureinwohner, die so genannten Indigenas, sei die Dollarisierung dagegen eine Katastrophe gewesen, sagt Nina Pacari, zum Zeitpunkt der Recherche Parlamentsabgeordnete der Indigena-Bewegung Pachakutik und inzwischen ecuadorianische Außenministerin: "Die Dollarisierung löst die Wirtschaftsprobleme des Landes nicht, sondern verschärft die Armut."

Seit dem 8. September 2000 gilt in dem Andenstaat nur noch der US-Dollar als offizielles Zahlungsmittel. Der Kauf einer Tasse Kaffee, die Fahrkarte für die tagtägliche Busfahrt oder die monatliche Mietzahlung – alles wird inzwischen in Dollar abgewickelt. Damit ist Ecuador das zweite Land Lateinamerikas, das seine nationale Währung vollständig zugunsten des US-Dollars aufgegeben hat. Bereits seit 1904 gilt der Dollar in Panama als Zahlungsmittel, ein Jahr nachdem

das Land von Kolumbien unabhängig wurde. Nach Ecuador haben sich im Jahr 2001 auch El Salvador und Guatemala dazu entschlossen, ihre Volkswirtschaften offiziell zu dollarisieren. Jedoch zirkulieren in beiden Ländern – im Gegensatz zu Ecuador – die alten nationalen Währungen Colón und Quetzal weiter parallel zum Dollar. Ecuador bleibt so die einzige lateinamerikanische Volkswirtschaft, die in den letzten Jahrzehnten vollständig dollarisiert hat.

Dabei gibt es in praktisch allen Staaten Lateinamerikas immer wieder Vorschläge, den Dollar anstelle der Landeswährung zu übernehmen. Öfters wird auch im Zusammenhang mit der geplanten gesamtamerikanischen Freihandelszone *Free Trade Area of the Americas* – *FTAA* oder auf Spanisch *Area de Libre Comercio de las Américas* – *ALCA* angeregt, den Dollar zur gemeinsamen Regionalwährung von Alaska bis nach Feuerland zu machen.

Das Verhängnis der grünen Scheine aus dem Norden

Bereits im Dezember 1996 plante der populistische Präsident Abdalá Bucaram (*Partido Roldosista Ecuatoriano* – *PRE*) den Sucre in einem Currency Board an den Dollar zu binden. Dazu hatte er sich der Dienste von Domingo Cavallo bemüht, des ehemaligen argentinischen Wirtschaftsministers und "Vaters" der 1:1 Konvertibilität des argentinischen Peso zum US-Dollar, die in Argentinien von 1991 bis 2002 in Kraft war.

Doch Bucarams Plan einer Dollarbindung stieß nicht gerade auf uneingeschränkte Zustimmung der Bevölkerung. Erste Demonstrationen begannen, als im Dezember 1996 zur Unterstützung des geplanten Currency Boards zahlreiche Staats-Subventionen gestrichen werden sollten. Außerdem sorgte die weit verbreitete Korruption und Vetternwirtschaft unter Bucaram für Unmut.

Ihren Höhepunkt erreichte die Anti-Bucaram-Bewegung während eines Generalstreiks am 5. Februar 1997. Eine aufgebrachte Menschenmenge belagerte während der Nacht vom 5. auf den 6. Februar den Regierungssitz an der Plaza da Independencia im Zentrum Quitos. Nur der Schutz durch das Militär hinderte die Demonstranten daran, den Präsidentenpalast *Palacio de Carandolet* zu stürmen. Währenddessen tagte etwa einen Kilometer weiter im Norden der Stadt an der Avenida Gran Colombia der ecuadorianische Kongress. Die Parlamentarier setzten den Präsidenten wegen "geistiger Unfähigkeit" ab. Bucarams Nachfolger wurde der Vorsitzende des Kongresses, Fabián Alarcón.

Heute erinnert schräg gegenüber vom Präsidentenpalast eine schlichte Stein-Tafel an der Nordseite der Kathedrale an die Vorkommnisse dieser Nacht: "In Gedenken an den heldenhaften und bisher nicht dagewesenen Akt des ecuadorianischen Volkes vom 5.2.1997. In vaterländischer Einigkeit hat es Hochmut, Despotismus, Korruption und eine unfähige Regierung beseitigt, die durch Täuschung zur Macht gekommen und nicht in der Lage war, ihre Versprechen einzuhalten.

Regierende habt präsent, dass wir Ecuadorianer wachsam bleiben und Richter sind, die zu strafen wissen."

Der Nachfolger Bucaráms im Präsidentenamt, Fabián Alarcón von der kleinen rechtspopulistischen Partei *Frente Radical Alfarista*, ließ angesichts der Proteste erst einmal alle Pläne fallen, die ecuadorianische Währung an den Dollar zu binden. Mit seiner spendierfreudigen Ausgabenpolitik legte er jedoch die Grundlage für die Schuldenkrise in den nächsten Jahren. Von 1997 bis 1998 verdoppelte er das jährliche Haushaltsdefizit von 2,6 auf 5,6 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beziehungsweise von 506 auf 1.118 Millionen US-Dollar.

Bei den nächsten regulären Wahlen 1998 gewann der frühere Bürgermeister der Hauptstadt Quito, Jamil Mahuad, von der zentristischen Partei *Democracia Popular – DP*. Unter ihm wurde das Thema der Dollar-Bindung wieder aktuell. Auslöser war die tiefe Wirtschaftskrise, in die das Land im Jahr 1999 hineingeschlittert war. "Die Situation war absolut chaotisch, wahrscheinlich hat es sich dabei um die schlimmste Krise des Jahrhunderts gehandelt", sagt Mauricio Pozo, zum Recherche-Zeitpunkt Chef der Consulting-Firma Multienlace und inzwischen Wirtschafts- und Finanzminister Ecuadors: "Wir hatten alle Probleme, die ein Land überhaupt haben kann: politische, soziale und wirtschaftliche Krisen auf allen Gebieten, wie den Rückgang des Bruttoinlandsproduktes, den Abzug von Bankeinlagen, eine Bankenkrise, eine Staatshaushaltskrise, einen Rückgang der Devisenreserven und eine starke Abwertung. Mit Sicherheit wären wir in eine Hyperinflation geschlittert."

Das Jahr 1999 brachte Ecuador mit einem Schrumpfen des Bruttoinlandsprodukts von 7,3 Prozent die schärfste Rezession im 20. Jahrhundert. Das führt Alberto Acosta, Ökonom der Friedrich-Ebert-Stiftung in Quito, auf mehrere Faktoren zurück: "Das El Niño-Klimaphänomen, die Ölkrise, die Asienkrise, die hohen Auslandsschulden und vieles mehr." Aber die wichtigste Ursache habe darin gelegen, wie die Regierung die Bankenkrise gehandhabt habe. Sie hatte damals versucht, die insolventen Banken mit Milliarden-Überweisungen zu retten und so die Geldmenge aufgebläht. Das führte im Jahr 1999 zu einer hohen Inflation von 52 Prozent.

Die Wirtschaftskrise ließ die Popularität von Präsident Mahuad schnell fallen. Da holte er Anfang 2000 das Konzept Bucarams einer Dollarbindung wieder aus der Mottenkiste hervor und radikalisierte es, in dem er vorschlug, den Sucre gleich komplett durch den US-Dollar zu ersetzen. Zum einen wollte Mahuad durch die Dollarisierung die Teuerung eindämmen. Zum anderen wollte er so die Abwertung des Sucre stoppen. Dessen Wechselkurs war damals abgestürzt.

Vor allem die Freigabe des brasilianischen Real und dessen Abwertung im Januar 1999 hatten zuvor den Druck auf den Sucre erhöht, da die Investoren einen ähnlichen Schritt Ecuadors erwarteten. Tatsächlich hatte die ecuadorianische Zentralbank im Februar den Sucre-Wechselkurs

freigeben müssen. Es folgte ein dramatischer Absturz: Während man Anfang 1998 noch 4.420 Sucre für einen US-Dollar bezahlen musste, waren es zwei Jahre später bereits 19.500 Sucre. Noch drastischer fällt die Abwertung aus, wenn man sie langfristig betrachtet: Bei der Gründung der Zentralbank im Jahr 1927 musste man nur fünf Sucre für einen Dollar bezahlen.

Die Idee einer Dollarisierung, um die Wirtschaftskrise Ecuadors im Jahr 1999 zu lösen, fand Philipp Gotor-Schäffer, stellvertretender Geschäftsführer der deutsch-ecuadorianischen Industrie- und Handelskammer in Quito, dennoch etwas merkwürdig: "Die Volkswirtschaft war nicht schlecht, weil der Sucre schlecht war. Sondern der Sucre wurde abgewertet, weil die Volkswirtschaft nicht klappte. Das war eine Reaktion wie: Ich habe Fieber und jetzt schmeiße ich das Thermometer weg und bin jetzt wieder gesund."

Auch Mahuads Dollarisierungsplan stieß auf breite Ablehnung. Und dies nicht nur unter den Gruppen, die bereits gegen Bucarams Pläne protestiert hatten. So riet der damalige Generaldirektor des Internationalen Währungsfonds (IWF), Michel Camdessus, dem Land, nicht zu dollarisieren. Auch die meisten Mitglieder des Direktoriums der Zentralbank Ecuadors sprachen sich gegen eine Dollarisierung aus, erinnert sich Mario Prado, der selbst einer der wenigen Dollarisierungs-Anhänger im damaligen Zentralbank-Direktorium war: "Die Dollarisierung bedeutete einzugestehen, dass es unmöglich war, eine eigenständige Geldpolitik in Ecuador zu machen. Sie ist eine Niederlage für diejenigen gewesen, die für diese Geldpolitik verantwortlich waren."

Auch ein Großteil der Bevölkerung stand den Plänen skeptisch gegenüber. Darunter vor allem die indigenen Völker. Diese reisten im Januar 2000 aus dem ganzen Land nach Quito, um in Demonstrationen ihrem Unmut über die Politik der Regierung Ausdruck zu geben. Am 22. Januar stürmten schließlich etwa 10.000 Demonstranten mit Hilfe von 160 Militärs vor allem mittlerer Ränge den Präsidentenpalast und stürzten Präsident Mahuad. Damit war nach Bucaram der zweite Präsident über die grünen Scheine aus dem Norden gestürzt.

Die Dollarisierung als Stehauf-Männchen

Wer nun geglaubt hatte, dass der äußerst unbeliebte Dollarisierungsplan sei damit vom Tisch, sah sich bald getäuscht. Ein eilig gebildetes Triumvirat aus Antonio Vargas, dem damaligen Vorsitzenden der Indigena-Organisation CONAIE, General Carlos Mendoza, dem Oberbefehlshaber der Streitkräfte, und Carlos Solórzano, dem ehemaligen Vorsitzenden des Verfassungsgerichtes, hatte nur kurzen Bestand. Bereits am folgenden Tag, dem 22. Januar, löste sich das Triumvirat auf und übergab die Macht – wie in der Verfassung vorgesehen – an den Vizepräsidenten Gustavo Noboa. Der erklärte die Übernahme des US-Dollars sogleich zu einem

seiner vordringlichsten politischen Ziele. Damit waren die Demonstranten mit einer ihrer Hauptforderungen gescheitert.

"Sie glaubten, dass man die Macht überfallartig an sich reißen kann, obwohl man Macht aufbauen muss", erklärt Alberto Acosta die Gründe für deren Scheitern. "Sie glaubten, dass die Macht im Präsidentenpalast beheimatet ist. Im Präsidentenpalast lebt aber nicht die Macht, sondern da leben nur einige Gespenster, die den Präsidenten nicht ruhig schlafen lassen." Die Demonstranten hätten über einen Stopp der Dollarisierung verhandeln können, meint Acosta: "Sie hatten die Macht, haben sie aber wieder verloren, weil sie nicht mit ihr umzugehen wussten."

Der Widerstand gegen die Dollarisierung ging dennoch weiter, erschöpfte sich aber in mehreren Generalstreiks. Der neue Präsident Noboa brachte im März 2000 ein erstes Gesetz zur Dollarisierung durch das Parlament. Nach den Oberleitungsbussen Quitos nannte man dieses Gesetz *Trole*, da es wie in einem Bus verschiedene Fahrgäste, sprich verschiedene Gesetzesänderungen, zusammenfasste. Der offiziell Titel lautete *Ley de la transformación económica*, Gesetz zur Umwandlung der Wirtschaft. Nun konnte die Dollarisierung beginnen.

Sprung ins Leere

Wozu sich die Europäer bei der Einführung des Euro über zehn Jahre Zeit gelassen hatten, benötigten die Ecuadorianer wenige Monate. Von der Entscheidung am 9. März 2000, das Land zu dollarisieren, bis zum definitiven Ende des Sucre als Zahlungsmittel am 8. September verging gerade mal ein halbes Jahr. Die Vorbereitungszeit war dermaßen kurz, dass Ex-Präsident Mahuad sein Dollarisierung-Projekt als *Salto al vacío* ("Sprung ins Leere") bezeichnet hatte.

Während die Europäische Zentralbank die Bürger der zwölf Euro-Staaten mit Broschüren, Zeitungsanzeigen und TV-Spots über die verschiedenen Münzen, Scheine und deren Sicherheitsmerkmale informierte, mussten diese Aufgabe in Ecuador die Medien größtenteils in Eigenregie übernehmen, erzählt Rodrigo Romero, Wirtschaftsjournalist der einflussreichsten Tageszeitung des Landes, *El Comercio*: "Es gab keine Vorbereitung für die Einführung der Dollarisierung", stellt er nüchtern fest, "daher haben wir von der Zeitung eine Broschüre auf Spanisch und auf Quechua für die Indigena-Gemeinschaften herausgebracht, in der wir über das Aussehen der Scheine und Münzen informiert haben."

El Comercio unternahm zusätzlich eine Kampagne gegen das Aufrunden auf ganze Dollar-Beträge. "Das gehörte für die Verbraucher zu den schlimmsten Effekten der Dollarisierung", sagt Romero. "Die Menschen waren mental an hohe Summen in ganzen Sucres gewöhnt." Der größte Schein habe immerhin eine Höhe von 50.000 Sucres gehabt. "Psychologisch waren die Dollar-Cents dann für die Leute nicht so viel wert wie die Tausende Sucres, die sie früher im Geldbeutel

hatten. Wenn also eine Taxifahrt 83 Cents gekostet hat, dann verlangte der Taxifahrer meistens gleich einen ganzen Dollar." Die Zeitung veröffentlichte Tabellen, in denen die Preise von Gütern wie Bananen sowie Dienstleistungen wie einem Mittagessen genau umgerechnet wurden, um den Verbrauchern ein besseres Gefühl für die neuen Dollar-Preise zu geben. "Die Umrechnung war nicht immer einfach, vor allem wegen des krummen Wechselkurses 25.000:1", sagt Romero.

In den Firmen lief die Umstellung weniger problematisch ab. So berichtet Mauricio Dávalos, Eigentümer mehrerer Firmen zum Export von Blumen und Obst, dass er bereits einige Jahre vor der offiziellen Dollarisierung seine Buchhaltung auf Dollars umgestellt hatte: "Schon zwei oder drei Jahre vor der Dollarisierung mussten wir auf Grund der starken Abwertung unsere importierten Vorprodukte in Dollars bezahlen, da die Lieferanten das Wechselkursrisiko nicht eingehen konnten. Daher hatten wir bei der Umstellung unserer Buchhaltung überhaupt keine Probleme."

Die unerwartete Aufwertung des tot geglaubten Sucre

Zwar ist der Wechselkurs Sucre-Dollar seit 2000 endgültig per Gesetz auf 25.000:1 festgelegt, aber dennoch hat der Sucre in den letzten Jahren eine erstaunliche Wertsteigerung mitgemacht. Wer daran zweifelt, sollte sich zum Verkaufsstand María Ventimillas einen Block nördlich des Zentralbank-Gebäudes in die Avenida 10 de Agosto begeben.

"Ein komplettes Set aller ehemaligen Sucre-Scheine kostet zehn Dollar", sagt Ventimilla. Ein stolzer Preis, beträgt doch rein rechnerisch der Umtauschkurs für die insgesamt 86.685 Sucres lediglich etwa 3,47 Dollar. Für ein komplettes Münzset im Wert von 3.500 Sucres müssen glatt sechs US-Dollar bezahlt werden. Zum offiziellen Kurs dürften es nur 0,14 Dollar sein. Mit sich handeln lässt die resolute María Ventimilla dabei nicht. Die Nachfrage sei zu gut, da müsse sie nicht mit dem Preis nach unten gehen. Dafür gebe es praktisch unbenutzte und ungefaltete Scheine.

Diese bekommt Ventimilla aus den Schatullen zahlreicher ecuadorianischer Haushalte, wo noch viele Scheine zwischen vergilbten Jesus-Bildchen und Andenken an längst vergangene Meisterschaften der Lieblings-Fußballmannschaft begraben liegen. "Zum einen wollten viele Ecuadorianer einige Sucres als Erinnerungstücke behalten. Zum anderen lohnte es sich vor allem für die Bewohner entlegener Dörfer oft nicht die kostspielige und zeitraubende Busfahrt in die nächste Stadt anzutreten, um ein paar tausend Sucres in manchmal weniger als einen US-Dollar zu wechseln", erklärt Silvia Santacruz, Wirtschaftsredakteurin von *El Comercio*, dass es weiter hohe Sucre-Vorräte in den ecuadorianischen Haushalten gibt.

Wer die Sucres heute kennenlernen möchte, kann dies auch im *Museo Numismático* der ecuadorianischen Zentralbank tun. Das Museum ist im ehemaligen, neoklassizistischen Hauptsitz der Notenbank untergebracht, bezeichnenderweise an der Ecke der Straßen García Moreno und Sucre. Für einen Dollar Eintritt lässt sich hier die Geschichte der ecuadorianischen Währung von 1884 bis 2000 nachvollziehen. Im ehemaligen Tresorraum der Zentralbank lagern die alten Sucre-Scheine gleich in großen Packen im Wert von mehreren Millionen. Daneben liegen prall gefüllte Leinensäcke mit alten Sucre-Münzen. Die Aufschrift "Krupp VDN" lässt erahnen, dass die Rohlinge der ecuadorianischen Währung einstmals in Deutschland hergestellt wurden. Sicherheitsvorkehrungen gibt es praktisch keine. "Da die Umtauschphase für die Sucres seit 2001 endgültig vorbei ist, können wir die Scheine und Münzen hier problemlos lagern", erklärt die Museums-Führerin. "Die sind jetzt völlig wertlos."

Besonderes Ausstellungsstück ist eine 5.000 Sucre-Münze, die auf Grund der Dollarisierung nie in den Umlauf gelangte. Anhand der ausgestellten Tafeln lässt sich gut nachvollziehen, wie die Zentralbank mit dem Druck immer höherer Scheine hinter der Inflation hinterherhinkte. Besonders in den 90ern bekamen die Scheine immer größere Ziffern. Dennoch war die größte jemals emittierte Note mit ihren 50.000 Sucre zuletzt gerade einmal zwei US-Dollar wert.

Original, Fälschung oder ecuadorianische Kopie

"Durch ihre verschiedenen Farben konnte man früher einen 10.000er Sucre-Schein leicht von einem 50.000er auseinander halten. Mit der Dollarisierung hatten anfangs aber viele Probleme, die unterschiedlichen Dollar-Scheine zu unterscheiden, da sie alle gleich grün und gleich groß waren", sagt Rodrigo Romero. In der Tat bedeutete der "Sprung ins Leere" in den ersten Monate der Dollarisierung ein erhebliches Durcheinander. Viele Ecuadorianer mussten dazu auch noch lernen, echte von gefälschten Dollars zu unterscheiden.

"Zu Beginn der Dollarisierung habe ich einen 1-Dollar-Schein, bei dem jemand eine Null hinzugemalt hatte, für einen 10-Dollar-Schein gehalten", berichtet beispielsweise die Inhaberin des Supermarktes Paty im Dorf Nanegalito etwa drei Stunden westlich von Quito, "die Prüfmaschine hat den Schein als echten 1-Dollar-Schein durchgehen lassen. Erst der nächste Kunde, dem ich den Schein als Rückgeld geben wollte, reklamierte dann." Der Kunde hatte den englischen Text *one dollar* auf dem Schein gelesen und sich nicht von der Eins und der kunstvoll dazu gemalten Null blenden lassen.

Für noch größere Verwirrung sorgten die Münzen. Da das amerikanische Hartgeld keine Ziffern trägt und lediglich mit Angaben wie *one dime* oder *one quarter* beschriftet ist, rätselten anfangs viele Ecuadorianer, wie hoch nun der Wert der Münzen sein möge. Zur zusätzlichen Verwirrung trug bei, dass der *dime* (10 Cent) kleiner ist, als die 5-Cent-Münze.

Nach einer Anfangsphase, in der nur die amerikanischen Münzen benützt wurden, ließ die Zentralbank ecuadorianische Cent-Münzen prägen, die inzwischen parallel zu den amerikanischen Originalen umlaufen. Sie entsprechen in ihrer Größe und ihrem Material exakt den US-amerikanischen Cent-Stücken. Der Wert der Münzen ist aber leicht lesbar in großen Ziffern angegeben. Lediglich die Ein-Cent-Münze wurde aus Kostengründen nicht aus dem rötlichen Kupfer der US-Cents, sondern aus einer Messing-Legierung hergestellt. Die Münzen zeigen wie ihre Sucre-Vorgänger bedeutende Ecuadorianer, so zum Beispiel den ersten Journalisten des Landes Eugenio Espejo, dessen Portrait die 10-Centavos ziert, oder den liberalen Präsidenten Eloy Alfaro, der auf den 50-Centavos zu sehen ist.

Interessanterweise tragen die Münzen keinerlei Angabe zur Währung. Es ist lediglich der Staatsname *República del Ecuador*, der Name der Zentralbank *Banco Central del Ecuador* und der Wert wie *Cincuenta Centavos* (50 Cents) eingeprägt. Es bleibt offensichtlich jedem überlassen, darüber zu sinnieren, ob es sich bei diesen ecuadorianischen Münzen jetzt um US-Dollars oder um eine Art *Nuevo Sucre*, einen Neuen Sucre, handelt.

Für die erste These würde sprechen, dass alle Münzen bei der Zentralbank durch entsprechende Reserven in Dollar-Bargeld oder US-Staatsanleihen gedeckt sind. Für Version zwei spräche, das nach Paragraph 264 der gültigen Verfassung des Landes der Sucre weiter die offizielle Währung Ecuadors ist! So ist in dem entsprechenden Artikel zu lesen: *La unidad monetaria es el Sucre, cuya relación de cambio con otras monedas será fijada por el Banco Central.* (Die Währungseinheit ist der Sucre, dessen Wechselkurs zu anderen Währungen von der Zentralbank festgelegt wird.) Auch das Trole-Gesetz zur Dollarisierung spricht im Fall der Münzen von Sucres: *El Banco Central del Ecuador no podrá realizar la emisión de nuevos sucres, salvo moneda fraccionaria....* (Die Zentralbank darf keine neuen Sucres emittieren, es sei denn als Münzen, die dem Bruchteil eines Dollars entsprechen...)

Das Rätsel löst Iván Ayala, Berater des Zentralbank-Direktoriums: "Die Münzen, die vom *Banco Central del Ecuador* ausgegeben werden, sind Bruchteile von Sucres", ist seine offizielle Auskunft, "da der Sucre laut Verfassung die nationale Währung ist. Die Zentralbank Ecuadors gibt keine US-Dollar-Münzen aus und dürfte dies auch nicht tun." Die Notenbank emittiere die gleichen Sucres wie früher. "Diese haben jetzt aber einen anderen Wert: Ein Sucre entspricht nun einem Dollar."

Die misshandelten Dollar-Scheine

Sie werden gefaltet, gerollt, geknüllt; verschwinden in verschwitzten Hosentaschen, bestickten BH's oder zwischen Maiskolben in Markttaschen – die Dollar-Scheine haben es in Ecuador

wahrlich nicht einfach. Etwas mehr Respekt vor den Banknoten der *Gringos* aus dem Norden wäre schon angebracht, schließlich sollen sie ja die Wirtschaft des Landes retten...

"Die Sucre-Scheine hatten eine bessere Papierqualität", versucht Lenyn Muela, Leiter der Wirtschaftsredaktion von *El Comercio*, die fehlende Sorgfalt im Umgang mit den Dollars zu erklären. "Vor allem bei den Indigenas ist der Gebrauch von Geldbeuteln nicht verbreitet", ergänzt dessen Kollege Rodrigo Romero. Besonders den Ein-Dollar-Scheinen sind die Monate und Jahre der Misshandlung anzusehen. Sie kommen zumeist alterschwach, voller Sorgenfalten und mit einer gewissen Schmutz-Patina daher. Sorgen bereitet das der Zentralbank, die kostspielig neue Scheine aus den USA heranschaffen muss, um diejenigen zu ersetzen, die endgültig den "Misshandlungen" durch die Ecuadorianer zum Opfer gefallen sind.

Mitte April 2002 hat die Zentralbank Ecuadors deshalb begonnen, Ein-Dollar-Münzen aus den USA einzuführen. Sie sollen schrittweise einen Teil der etwa 60 Millionen in Ecuador zirkulierenden Ein-Dollar-Scheine ersetzen, sagt Zentralbankchef Mauricio Yépez: "Das Ziel ist, die Kosten für den Ersatz der beschädigten Ein-Dollar-Scheine zu senken." So müssen die Scheine im Durchschnitt alle sechs Monate ausgewechselt werden, die Münzen sollen dagegen etwa 20 bis 25 Jahre halten. Im Fall der Ein-Dollar-Münzen gibt es aber im Gegensatz zu den Cent-Münzen keine ecuadorianische Version des US-Originals, da die Zentralbank Ecuadors gesetzlich nur dazu ermächtigt ist, Münzen zu prägen, die weniger wert sind als ein Dollar.

Im Gegensatz zu den Ein-Dollar-Scheinen sehen die höherwertigen Scheine meist noch einigermaßen frisch aus. Der Grund mag darin liegen, dass in Ecuador vor allem mit Ein-Dollar-Scheinen bezahlt wird. Scheine über 20 Dollar trifft man hier praktisch gar nicht an. Selbst wenn man 500 Dollar am Bankautomat abhebt, bekommt man die komplette Summe in 10- oder 20-Dollar-Scheinen ausgezahlt. Das steht ganz im Gegensatz zu den Erfahrungen von Michael Lambert and Kristin Stanton von der US-Zentralbank. Sie sind in einer Studie zum Schluss gekommen, dass die US-Dollars im Ausland vor allem in Form von 100-Dollar-Scheinen gehalten werden.

In Ecuador ist es aber praktisch unmöglich, mit diesen hohen Scheine in Geschäften zu bezahlen. So hat beispielsweise Multicines, die größte Kinokette Quitos, an ihren Schaltern folgenden Hinweis angebracht: "Zur ihrer Sicherheit nehmen wir keine Scheine über 20-Dollar an." Dabei dürfte der Grund eher in einem mangelhaften Wechselgeldmanagement zu suchen sein, als in der Sorge um die Sicherheit der Kunden. Es war teilweise nicht einmal möglich, die Kinokarten mit 10-Dollar-Scheinen zu bezahlen.

Die heimliche Dollarisierung

Auch wenn es auf Grund des Durcheinanders beim Tausch des Sucres gegen Dollars nicht so aussieht, für zahlreiche Ecuadorianer war der Umgang mit der US-Währung schon vor der offiziellen Dollarisierung Normalität. Vor allem in touristisch gut erschlossenen Gebieten wie Quito, den Galapagos-Inseln oder der Kleinstadt Otavalo mit ihrem weltweit bekannten Indigena-Markt gehörte die US-Währung schon seit langem zum Alltag. "Als ich während der Dollar-Umstellung in die Dörfer der Region Otavalo fuhr, um über die Probleme der Indigenas mit der neuen Währung zu berichten, musste ich feststellen, dass sie es durch die internationalen Touristen schon lange gewohnt waren, in Dollars zu zahlen", berichtet die *El Comercio*-Reporterin Gaby Paz y Miño.

Rodrigo Romero von der Wirtschaftsredaktion bei *El Comercio* hat ebenfalls einen weit verbreiteten Gebrauch des Dollars vor der offiziellen Dollarisierung festgestellt: "Die Leute haben Geschäfte in Dollars abgewickelt, obwohl das ausdrücklich per Gesetz verboten war. Es war normal, die Preise von Häusern oder Autos und Mieten in Dollars auszuzeichnen." Dadurch konnten Ladeninhaber vermeiden, auf Grund der hohen Inflation des Sucre ständig neue Preise festlegen zu müssen. Vermieter garantierten sich so weitgehend inflationssichere Mieteinnahmen.

Vor allem die Mittel- und Oberschichten hätten bereits vor dem Jahr 2000 in Dollars gerechnet, sagt Romero. "Das lag daran, dass es viel billiger war, sich in Dollars anstatt in Sucres zu verschulden." Das sei allerdings eine riskante Strategie gewesen: "Wer Einkommen in Sucre bekam, dem wuchsen durch die Abwertung des Sucre die Dollar-Schulden über den Kopf." Beispielsweise waren Schulden in Höhe von 10.000 US-Dollar Anfang Januar 1999 etwa 69 Millionen Sucre wert. Ein Jahr später waren die Schulden aber bereits auf 222 Millionen Sucre angestiegen, ohne das die Gehälter in Sucres dementsprechend erhöht worden wären. "Viele Schuldner konnten dann oft ihre Kredite nicht zurückzahlen, was zahlreiche Banken an den Rand des Abgrunds brachte – eine Spirale ohne Ende. Die logische Antwort darauf war, mit der Dollarisierung den Anstieg dieser Schulden zu bremsen", sagt Romero.

"Es war eine gute Entscheidung zu dollarisieren, da der Sucre die drei Eigenschaften des Geldes verloren hatte. Er wurde nicht mehr als Recheneinheit, als Zahlungsmittel und als Wertaufbewahrungsmittel verwendet", ist der ehemalige Zentralbank-Direktor Mario Prado überzeugt. Die Wirtschaftskrise mit ihrer hohen Inflation hätte das Vertrauen der Ecuadorianer in den Sucre völlig zerstört gehabt. "Das Misstrauen war so hoch, dass es nicht mehr rückgängig zu machen war. Die andere Alternative wäre nur gewesen, darauf zu warten, dass Ecuador in eine Hyperinflation eintritt." Ein klares Indiz für das geringe Vertrauen in den Sucre sieht Prado darin, dass bereits vor der offiziellen Dollarisierung etwa vier Fünftel der Ersparnisse und der Bankkredite auf Dollar und nicht Sucre gelautet hatten.

Die Wirtschaft kommt in Trab

Mit der Dollarisierung sei nun das verloren gegangenen Vertrauen der Bürger in ihre Währung wieder hergestellt und Stabilität geschaffen. Das wiederum habe die Grundlage für ein erneutes Wirtschaftswachstum gelegt, argumentieren Befürworter der Dollarisierung wie Mario Prado: "Der zentrale Punkt ist, dass durch die Legalisierung der *de facto*-Dollarisierung die Spekulation über den Wechselkurs beendet wurde. In dem Moment, in dem es Wechselkurssicherheit gibt, können die Unternehmen ihre Aktivitäten planen."

Die Lebensmittelfirma Schullo hat beispielsweise ihr Inventar erheblich verringern können, seit durch den Dollar Wechselkurssicherheit herrscht, sagt deren Chef Luis Maldonado: "Jetzt können wir unsere Bestände am Markt ausrichten." Ohne das Risiko einer Abwertung sei es nicht mehr nötig, in großen Mengen auf Vorrat einzukaufen.

Auch für die Verbraucher sei das Leben leichter geworden, sagt Joyce de Ginatta, Ex-Vorsitzende des Verbandes der Kleinunternehmer aus Guayaquil und eine der engagiertesten Befürworterinnen der Dollarisierung: "Früher hat in diesem Land niemand auf Raten eingekauft. Man konnte keinen Kredit bekommen, da man nicht wusste, was am nächsten Tag passieren würde. Daher besaß die Mittelklasse keine Kühlschränke und keine Autos – sie hatte gar nichts. Das hat sich heute mit der Dollarisierung geändert."

In der Tat ist das Wirtschaftswachstum seit der Dollarisierung beeindruckend: 2,3 Prozent im Jahr 2000, 5,4 Prozent im Jahr 2001 – der beste Wert in ganz Lateinamerika – sowie 3,3 Prozent im Jahr 2002 lassen die tiefe Rezession von 1999 vergessen. Damals war die Wirtschaftsleistung um minus 7,3 Prozent eingebrochen.

Für Alberto Acosta, Volkswirt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Quito, kommt der Aufschwung jedoch nicht überraschend: "Ecuador hatte einen Tiefpunkt erreicht und beginnt nun auf Grund von Faktoren, die nichts mit der Dollarisierung zu tun haben, wie dem Erdölpreis und den Überweisungen der Emigranten, seine Genesung." Armando Pérez, Ökonomie-Professor der staatlichen Universität Quitos, sieht die Zahlen ebenfalls in einem weniger positiven Licht: "Das Bruttoinlandsprodukt des Jahres 2001 ist geringer als das des Jahres 1995. Wir haben also einen siebenjährigen Wachstumsrückstand." Für Zentralbankchef Mauricio Yépez ist der Rückstand jedoch gut erklärbar: "Nach einer so tiefen Krise, wie wir sie 1999 gehabt haben, ist es nicht sehr leicht, sich in lediglich ein oder zwei Jahren zu erholen."

Die Launen der Inflation

In puncto Inflation hatte man sich durch die Dollarisierung am meisten versprochen. Anfangs vergebens: Nach einer Preissteigerung von 30,6 Prozent im Jahr 1998 und 52,2 Prozent im Jahr

1999, schoss die Inflationsrate im Jahr 2000, dem Jahr der Dollarisierung, auf 96,1 Prozent nach oben. Im Folgejahr 2001 wuchsen die Verbraucherpreise mit 37,7 Prozent immer noch stärker als beispielsweise 1998. Auch 2002 blieb die Inflation mit durchschnittlich 12,5 Prozent recht hoch. Alberto Acosta sieht in der Preissteigerung ein Zeichen dafür, dass die Dollarisierung nicht die erhofften Vorteile gebracht habe: "Die Inflation bleibt weiter ein Problem für die ecuadorianische Volkswirtschaft." Wirtschaftsredakteur Rodrigo Romero sieht das nicht so dramatisch: "Wenn man das mit den historischen Daten vergleicht, dann gehört die jetzige Inflation zu den niedrigsten in der Geschichte des Landes."

Der Vertreter des IWF in Ecuador, Jeffrey Franks, vermutet, dass die Erwartungen im Land eventuell zu hoch lagen: "Es war nicht realistisch zu hoffen, dass man sofort die Inflationsrate und die Zinssätze der USA bekommt, nur weil man die Währung der USA übernimmt." Er macht darauf aufmerksam, dass nicht nur das Drucken von Geld für Inflation verantwortlich sein kann: "Auch die gesamte volkswirtschaftliche Nachfrage kann ebenfalls Inflation verursachen. Wenn es eine große Nachfrage gibt, kann das die Preise nach oben drücken." Mauricio Pozo sieht eine Ursache für die nicht so schnell wie erwartet gefallene Inflation in politischen Entscheidungen: "Die Anhebung der Preise subventionierter Güter hat nur sehr schrittweise stattgefunden: In einem Monat ist das Gas dran, im nächsten Monat sind es dann die Strompreise." Diese Preiserhöhungen verhinderten, dass die Inflation so schnell zurückging wie erhofft.

Zentralbank-Präsident Mauricio Yépez ist dennoch zuversichtlich: "Im Jahr 2003 möchte ich mich internationalen Inflationsraten nähern." Dafür sei es aber wichtig, die Zölle weiter zu senken. Die internationale Konkurrenz könne Monopole im Land verhindern und dadurch für mehr Wettbewerb und sinkende Preise sorgen.

Weniger optimistisch ist einer seiner Vorgänger im Amt des Zentralbank-Präsidenten, Mauricio Dávalos: "Wir werden nur mit Mühe die niedrige Inflation erreichen, die man sich mit der Dollarisierung erhofft hat." Er befürchtet eine Verstetigung der Inflation, für die ein kulturelles Problem der Ecuadorianer verantwortlich sei: "Solange die Inflation hoch bleibt, fordert jeder Gehaltserhöhungen, auch wenn die Produktivität das gar nicht hergibt. In unserem Land ist die Verbindung zwischen Gehaltshöhe und Produktivitätsniveau noch nicht hergestellt."

Erdrückende Zinsen

16 Prozent Zinsen für normale Bankkredite – in Deutschland würden das viele als halsabschneiderisch bezeichnen. In Ecuador ist das Realität. Während in den USA die Zinsen nach den Leitzinssenkungen der US-Notenbank Federal Reserve im Jahr 2002 auf historischen Tiefs angekommen waren, verharrten sie in Ecuador weiter auf hohem Niveau. Das von der US-Investmentbank Morgan Stanley gemessene Länderrisiko Ecuadors lag Ende 2002 bei etwa 1.800

Basispunkten. Das heißt, das Land musste etwa 18 Prozentpunkte höhere Zinsen für seine Anleihen bezahlen als die USA. Damit spielte der Andenstaat international in einer Liga mit Staaten wie Nigeria, Argentinien oder Brasilien.

Mario Prado hat folgende Erklärung für die hohen Zinsen, die eigentlich mit der Dollarisierung fallen sollten: "Das Banksystem leidet immer noch unter den Konsequenzen aus der Krise in der Zeit vor der Dollarisierung. Die Banken müssen immer noch Rücklagen bilden, so dass trotz des Anstieges der Einlagen die Zinsen hoch bleiben." Für John Viault, Repräsentant der Dresdner Bank Lateinamerika in Ecuador, sind die hohen Zinsen auf drei Gründe zurückzuführen: "Zum einen müssen die Banken für die Kredite verschiedene Steuern bezahlen – das macht alleine 3-4 Prozentpunkte mehr Zinsen aus. Zweitens müssen die Banken ohne eine Zentralbank als Notkreditgeber höhere Reserven an liquiden Mitteln halten – das kostet sie ebenfalls Geld." Außerdem hielten die Banken noch eine Menge ecuadorianische Regierungsanleihen, die sie nicht so einfach verkaufen könnten.

Der Dollar als Zwangsjacke

"Die Lebensversicherung in einer Dollarisierung ist die Haushaltspolitik, da es dann keine eigene Geldpolitik mehr gibt", bringt Mario Prado die Wirtschaftspolitik in einem System der Dollarisierung auf den Punkt. "Wenn die Haushaltspolitik Ecuadors nur ausgeglichen ist, dann ist das auf mittlere Sicht falsch. Wenn die Haushaltspolitik dagegen einen Überschuss erzielt, glaube ich, dass sie richtig ist." Warnend fügt er hinzu: "Wenn die Haushaltspolitik dagegen unverantwortlicherweise auf ein Defizit setzen sollte, wäre das so, als würden wir Ecuadorianer uns in den Kopf schießen."

Zumindest in den ersten Jahren der Dollarisierung hat sich die Regierung des Landes an diese Vorgaben gehalten: 0,4 Prozent Bruttoinlandsprodukt Haushaltsüberschuss im Jahr 2000 und 0,9 Prozent im Jahr 2001. "Einen Haushaltsüberschuss in zwei Folgejahren hat es früher nicht gegeben", zieht Rodrigo Romero ein positives Fazit. Zufrieden zeigt sich auch Zentralbank-Präsident Mauricio Yépez. Er verweist vor allem auf den so genannten Primärüberschuss des Staatshaushaltes, das sind alle Einnahmen minus alle Ausgaben außer den Zinszahlungen für die Schulden: "Der Primärüberschuss lag 2000 bei 9,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts und 2001 bei 6,5 Prozent. Das ist das Ergebnis einer soliden Haushaltspolitik, die damit sehr zur Festigung der Dollarisierung beigetragen hat."

Das ermöglichte es Ecuador auch zum ersten Mal seit 18 Jahren ein Abkommen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) zu erfüllen. Ecuador ist seit seinem Schuldenmoratorium von 1999 praktisch vom internationalen Kapitalmarkt ausgeschlossen, sagt Mauricio Yépez: "Die einzige Finanzierungs-Alternative, die dem Land bleibt, sind die internationalen Organisationen.

Deshalb ist eine Verständigung mit dem IWF so wichtig, da dadurch internationales Kapital ins Land kommt und wir so unsere Finanzierungslücken schließen können."

Der IWF seinerseits beobachtet mit Argusaugen die Entwicklung des Staatshaushaltes des Andenstaates. "Wenn wir irgendetwas von der argentinischen Krise gelernt haben, dann, dass die Staatsfinanzen in einem sehr festen Wechselkurssystem absolut gesund sein müssen. Man kann kein großes Staatsdefizit mit einer hohen Verschuldung und einem festen Wechselkurs aufrecht erhalten." Ein geordneter Staatshaushalt sei die Voraussetzung dafür, dass die Dollarisierung mittel- bis langfristig funktionieren könne, sagt Jeffrey Franks vom IWF. "Es gibt keine Geldpolitik und keine Wechselkurspolitik mehr. Das schränkt den Aktionsradius der Wirtschaftspolitik ein", fügt Wirtschafts- und Finanzminister Mauricio Pozo hinzu, "daher ist eine Reform der Staatsfinanzen fundamental wichtig."

Dabei ist der Staatshaushalt Ecuadors allerdings zu 43 Prozent von den Öleinnahmen abhängig. Sinkt der Ölpreis auf dem Weltmarkt, kann sich ein Haushaltsplus schnell in ein tiefes Minus verwandeln. Einen kleinen Vorgeschmack erhielt die Regierung darauf bereits 2002. In den ersten Monaten dieses Jahres löste sich angesichts gefallener Ölpreise ein geplanter Überschuss von 0,9 Prozent des Bruttoinlandsprodukts schnell in Luft auf. Nur durch die Erholung der Erdölpreise im zweiten Halbjahr 2002 konnte ein Haushaltsdefizit vermieden werden.

"Die Regierung sollte unabhängiger vom Öl werden", rät John Viault von der Dresdner Bank Lateinamerika, "das versucht sie seit Jahren, aber jetzt ist sie meiner Meinung nach mehr vom Öl abhängig als je zuvor." Um das Defizit in Zukunft in den Griff zu bekommen, hält es Viault für nötig, die Steuereintreibung zu verbessern: "Außerdem muss die Regierung so stark wie möglich die Ausgaben senken. Das heißt überflüssigen Regierungsapparat abbauen und die Größe des Staatsapparates verringern."

Jeffrey Franks vom IWF fordert, einige Gesetze zu ändern, die bisher einen Teil der Einnahmen des Staates automatisch in bestimmte Bereiche leiten: "Eine mangelnde Flexibilität bei den Staatsfinanzen kann Probleme bereiten. Das haben wir in Argentinien gesehen, wo zwei Drittel der staatlichen Ausgaben für bestimmte Zwecke vorbestimmt waren." In Ecuador betreffe dies zwar nur ein Drittel der Ausgaben, aber dennoch müsse das früher oder später geändert werden: "Das ist nötig, um der Regierung die erforderliche Flexibilität für eine erfolgreiche Dollarisierung zu geben."

Unpopuläre Arbeitsmarktreformen

"Unglücklicherweise basiert die Politik unseres Landes auf einem populistischen Fundament. Das schafft Netzwerke der Abhängigkeit in der Bevölkerung und verhindert, dass klar erkannt

wird, welche Politik eigentlich für das Land nötig wäre", ist die ernüchternde Analyse des Ex-Zentralbankers Mario Prado. Der Anwalt sieht vor allem in der Flexibilisierung der Arbeitsgesetzgebung Handlungsbedarf: "Als dollarisiert wurde, hat man den Arbeitsmarkt zu wenig reformiert."

Auch Zentralbank-Präsident Mauricio Yépez stimmt der Analyse zu: "Die Dollarisierung zwingt uns zu Strukturreformen, die wir bisher vor uns her geschoben haben. Die Reformen sind unabhängig vom Wechselkurssystem nötig, aber in einem System wie der Dollarisierung werden sie dringlicher, weswegen wir schneller werden müssen." Die Unternehmerin Joyce de Ginatta macht sich ebenfalls über die Geschwindigkeit der Reformen Sorgen: "Leider ist die Regierung oft sehr langsam. Ecuador muss lernen, sich mit der Geschwindigkeit des Dollars zu bewegen."

Zentralbank-Präsident Yépez fordert tiefgreifende Änderungen im ecuadorianischen Arbeitsrecht, vor allem bei den per Gesetz vorgeschriebenen Gehaltserhöhungen in Höhe der zu erwartenden Inflation. Getreu dieser Vorschrift hatte die Regierung Ecuadors beispielsweise im Februar 2002 die Gehälter der öffentlichen Angestellten um 12 Prozent erhöht. Für Mauricio Yépez ein überraschender Schritt: "Einen so hohen Anstieg hatten wir nicht in unsere Inflationsprognose eingerechnet." Damit müsse in Zukunft Schluss sein. "In einer Dollarisierung kann es keine allgemeinen Gehaltserhöhungen mehr geben, weil jetzt für die Wettbewerbsfähigkeit des Landes die internationale und nicht mehr die nationale Inflation maßgeblich ist."

Das sei der fundamentale Wandel, den Ecuador durchmachen müsse, fordert auch der ehemalige Zentralbank-Präsident Mauricio Dávalos: "Wir können nicht mehr wie bisher die Gehälter erhöhen, um die Inflation auszugleichen, sondern nur noch, wenn die Produktivität gestiegen ist." Arbeiter und Angestellte müssten sich der harten ökonomischen Realität stellen: "Es ist wahr, dass in Ecuador die Löhne und Gehälter niedrig sind, aber wir leben nun einmal in einem armen Land, in dem das gar nicht anders sein kann." Die Ecuadorianer müssten lernen, ein sparsameres Leben zu führen, um langfristig ihren Wohlstand zu vermehren.

Alle Ecuadorianer sollten sich anstrengen, das derzeitige Arbeitsmarktsystem zu ändern, appelliert Yépez: "Das ist hart, weil die Tradition sehr stark ist. Aber den Herausforderungen, zu denen uns die Dollarisierung zwingt, müssen wir uns alle stellen. Und ein fundamentaler Teil davon ist die Arbeitsgesetzgebung." Mauricio Dávalos allerdings ist skeptisch, dass die nötigen Strukturreformen durchgesetzt werden: "Das schlimmste ist, dass sich im Moment viele Leute überhaupt nicht darüber im Klaren sind, in welchem Problem wir stecken. Und meiner Ansicht nach sind es vor allem die Politiker, die das nicht kapiert haben."

Rasante Verarmung

"Ecuador hat zwischen 1995 und 2000 den stärksten Verarmungsprozess in der Geschichte Lateinamerikas durchgemacht. In dieser Zeit wuchs die Zahl der Armen von 3,9 auf 9,1 Millionen bzw. von 34 auf 71 Prozent der Bevölkerung; die extreme Armut verdoppelte sich von 2,1 auf 4,5 Millionen oder von 12 auf 31 Prozent", bilanziert Alberto Acosta ernüchtert. Der Ökonom der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ecuador hat für den selben Zeitraum auch eine Verschärfung der Einkommenskonzentration festgestellt: "Während 1990 das ärmste Fünftel der Bevölkerung 4,6 Prozent aller Einkommen erhielt, waren es im Jahr 2000 nicht einmal mehr 2,5 Prozent; gleichzeitig steigerte das reichste Fünftel seinen Teil am gesamten Volkseinkommen von 52 auf 61 Prozent."

Armando Pérez, Volkswirt an der staatlichen Universität von Quito, hat einen drastischen Verfall des Wertes des Mindestlohns festgestellt. "Im Januar 1999 lag der Mindestlohn bei 143 Dollar. Bis zum Januar 2000 sank er aber durch die herben Abwertungen auf 49 US-Dollar – nur noch etwas ein Drittel." Pérez macht neben den Abwertungen auch die Dollarisierung für die steigende Armut verantwortlich: "Ich weiß nicht, warum man Abwertung und Dollarisierung unterscheiden sollte", sagt er. Das sei ein und das selbe. "Es hat eine klare politische Entscheidung zur Freigabe des Wechselkurses gegeben, als der Sucre unter Druck stand. Diese Entscheidung hat während der Regierungszeit von Jamil Mahuad eine Abwertung von 400 Prozent gebracht, die wiederum als Argument diente, um die Dollarisierung zu rechtfertigen."

Die großen Verlierer sind nach der Meinung von Alberto Acosta die Rentner: "Früher haben sie schon sehr wenig in Sucre bekommen. Aber auch das ist mit den starken Abwertungen und der Dollarisierung praktisch völlig verschwunden. Wer heute eine Rente von 40 bis 50 Dollar im Monat bekommt, bekommt viel. Manche bekommen nur noch vier Dollar."

Ex-Zentralbankchef Eduardo Valencia sieht Ecuador trotz des Wirtschaftswachstums seit der Dollarisierung weiter verarmen: "Nach einer Studie des Forschungsinstitutes Cedatos ist die Armut in den letzten zwei Jahren von 65 Prozent auf 80 Prozent der wirtschaftlich aktiven Bevölkerung gestiegen. Die statistischen Informationen deuten also darauf hin, dass die Verarmung weiter voranschreitet."

Rettet die Banken!

"Volle Garantie des Staates für alle Bankeinlagen." Das hört sich erst einmal gut an, sind dadurch doch alle Bankkunden vor eventuellen Verlusten bei einer Bankenpleite geschützt. Doch in Ecuador hat diese Garantie praktisch zum Bankrott des gesamten Banksystems geführt. Denn durch die staatliche Garantie für die Einlagen sahen sich die Banken ermuntert, sehr freizügig

Kredite zu vergeben – teilweise an die eigenen Firmen der Bankbesitzer. Der Staat würde für eventuelle Verluste schon geradestehen.

Verschiedene Einflüsse haben nach der Analyse des ehemaligen Zentralbank-Direktors Mario Prado, das Finanzsystem im Jahr 1999 in eine tiefe Krise rutschen lassen. Zum einen gingen zahlreiche Unternehmen durch die wirtschaftlichen Folgen des Klimaphänomens El Niño im Jahr 1998/99 pleite und konnten ihre Kredite nicht zurückzahlen. Zum anderen sei aber auch die Staatsschuld im gleichen Zeitraum aus den Fugen geraten und der Preis für Öl – die wichtigste Einnahmequelle des Staates – gesunken. Dadurch hätte der Staat seine Schulden und Zinsen nicht mehr ordnungsgemäß an die Banken zahlen können, was diese noch mehr unter Druck setzte. "Dazu litt die Welt noch unter den Konsequenzen der Asien- und der Russlandkrise, die sich in Ecuador durch das Schließen des internationalen Kapitalmarktes auswirkten. Die externen Gläubiger gaben nicht nur keine neuen Kredite mehr, sondern verlangen die Rückzahlung der alten", komplettiert Prado seine Analyse der Ursachen für die Bankenkrise.

Da sie angesichts dieser Krisenzeichen an der unbegrenzten Einlagengarantie des Staates zweifelten, stürmten die Kunden im März 1999 die Banken, um ihre Guthaben abzuheben. Das brachte das Bankensystem endgültig zum Zusammenbruch. Die Regierung wusste sich nicht mehr anders zu helfen und for all Bankguthaben ein. Dennoch gingen insgesamt 17 Banken, die etwa zwei Drittel der Guthaben des Landes auf sich vereinten, pleite und wurden vom Staat übernommen.

"Die erst kurz davor geschaffene Einlagensicherungs-Agentur *Agencia de Garantía de Depósitos – AGD* musste den Kunden der pleite gegangenen Banken das Geld zurückgeben. Allerdings hatte die AGD dafür überhaupt keine eigenen Mittel zu Verfügung, da es keinen Fonds zur Einlagensicherung gegeben hatte", sagt Wirtschaftsjournalist Rodrigo Romero. "Daher sah das Finanzministerium die einzige Möglichkeit, um die Bankguthaben zurückzuzahlen, in der Ausgabe von neuen Staatsanleihen an die AGD. Diese Staatsanleihen wurden wiederum bei der Zentralbank gegen Bargeld eingetauscht, was einen abrupten Anstieg der Geldmenge und eine Destabilisierung der Zinssätze zur Folge hatte." Eduardo Valencia sieht in dieser Art der Bankenrettung einen eindeutigen Verfassungsbruch: "In der Verfassung von 1998 ist eindeutig festgelegt, dass die Zentralbank keine Staatsdefizite finanzieren darf."

Die Rettungsaktionen kamen den ecuadorianischen Steuerzahler teuer zu stehen. So hat alleine die Sanierung des *Banco del Pacífico* insgesamt 220 Millionen US-Dollar gekostet. Eine gewaltige Summe, wenn man bedenkt, dass für den gesamten Gesundheitssektor im Staatshaushalt 2002 lediglich 293 Millionen Dollar veranschlagt waren. Eduardo Valencia kalkuliert die gesamten Kosten für die Bankenrettung auf mehr als vier Milliarden Dollar, etwa 30 Prozent des

Bruttoinlandsprodukts im Jahr 1999: "Wenn wir die Zinsen dazu rechnen, die der Staat während der nächsten 15 Jahren für die dafür aufgenommenen Schulden zahlen wird, dann erreichen wir sechs Milliarden Dollar oder 45 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Ich kenne kein Land, in dem man die Geduld der Bürger zum Nutzen solch kleiner Gruppen so stark missbraucht hat."

Der Vorwurf: Der Staat habe die überschuldeten Banken saniert, während korrupte Banker ihr Vermögen auf Privatkonten im Ausland in Sicherheit gebracht haben. Dagegen kam den Bankkunden das Einfrieren ihrer Guthaben zwischen März 1999 und März 2000 teuer zu stehen. Während Anfang März 1999 der Wechselkurs des Sucre zum Dollar noch 9.400:1 betragen hatte, war er ein Jahr später bei der Freigabe der Konten auf 25.000:1 gesunken. Für all diejenigen, die ihr Geld in Sucres bei einer ecuadorianischen Bank angelegt hatten, bedeutete das Einfrieren ihrer Konten in Dollars gerechnet einen Wertverlust von 62 Prozent.

Inzwischen hält Notenbankchef Mauricio Yépez das Banksystem aber für gesund: "Das private Finanzsystem ist solide. Die Krise haben die Banken überlebt, welche die beste Kreditpolitik hatten und das notwendige Kapital investiert haben." Ein Zeichen für das neu gewonnene Vertrauen in die Banken sieht Yépez vor allem in den wieder stark gestiegenen Einlagen der Kunden.

Kohle für den US-Finanzminister

Neben Ecuador ist auch in anderen Ländern Lateinamerikas der Gebrauch von US-Dollars immer beliebter geworden. Nach den Statistiken der US-Notenbank Federal Reserve hat sich die Anzahl der Dollars außerhalb der USA von 45,8 Milliarden US-Dollar im Jahr 1985 auf 269 Milliarden US-Dollar bis Mitte 2001 mehr als verfünffacht.

Für die USA bedeutet das ein gutes Geschäft, denn sie verbleiben mit dem Gewinn aus der Emission des Geldes, der so genannten Seigniorage. Sie entsteht dadurch, dass Banken für Bargeld Wertpapiere bei der US-Zentralbank hinterlegen müssen. Diese Wertpapiere werfen Zinsen ab, die in die Kassen der US-Zentralbank wandern. Der Zentralbank-Gewinn wird dann jährlich an das US-Finanzministerium überwiesen.

Alleine im Jahr 2000 nahm die Federal Reserve durch die Zinsen stattliche 32,7 Milliarden US-Dollar ein. 70 mal mehr als sie im gleichen Jahr für die Produktion neuer Scheine ausgeben hat. Wenn man bedenkt, dass inzwischen 45 Prozent der US-Bargelds im Ausland umlaufen, tragen dollarisierte Staaten wie Ecuador erheblich zum Zentralbankgewinn in den USA bei. "Selbstverständlich hätten wir gerne einen Teil der Seigniorage", sagt der ecuadorianische Zentralbank-Präsident Mauricio Yépez, "aber das ist eine Entscheidung des amerikanischen Kongresses."

Dort hat der republikanische US-Senator Floridas, Connie Mack, am 8. November 1999 ein Gesetzesvorhaben eingebracht, um die Dollarisierung für andere Staaten attraktiver zu machen. Sein Vorschlag eines *Economic Growth and Price Stability Act* sieht vor, die Seigniorage mit den dollarisierten Staaten zu teilen. Allerdings ist sein Gesetzentwurf bisher nicht verabschiedet worden. "Das Gesetzesvorhaben ist nach dem Ausscheiden von Connie Mack aus dem Senat erneut dort eingebracht worden. Allerdings hat es ohne die Unterstützung der Regierung, die sich bisher weder dafür noch dagegen ausgesprochen hat, wenig Chancen, verabschiedet zu werden", sagt Kurt Schuler, wissenschaftlicher Assistent des zuständigen Ausschusses *Joint Economic Committee* im US-Kongress. Er dämpft damit Erwartungen, dass Ecuador in naher Zukunft am US-Zentralbankgewinn beteiligt werden könnte.

Mario Prado hält es jedoch für möglich, dass sich dies ändern könnte: "Eine so kleine Volkswirtschaft wie Ecuador kann den USA nicht die Seigniorage streitig machen. Aber was würde passieren, wenn Argentinien, Brasilien oder die ganze Region dollarisieren würden? Das würde die Diskussion über eine Aufteilung der Seigniorage wieder anfachen."

Die Emigranten retten die Dollarisierung

Bei einer Dollarisierung wird die Geldmenge nicht mehr im eigenen Land von der Zentralbank, sondern im Wesentlichen von fünf externen Einflüssen bestimmt: Wird mehr exportiert als importiert, steigt die Geldmenge. Wird umgekehrt mehr importiert als exportiert, sinkt sie. Zweitens können durch ausländische Touristen Devisen nach Ecuador kommen. Geben sie dort mehr aus, als die ecuadorianischen Touristen auf ihren Reisen im Ausland, geht die Zahl der Dollars im Land nach oben. Drittens können zusätzliche Dollars durch ausländische Direktinvestitionen ins Land fließen. Viertens steigt die Zahl der im Umlauf befindlichen Dollars, wenn der Staat oder die Privatunternehmer netto mehr Schulden im Ausland aufnehmen, als sie an Altschulden und Zinsen zurückzahlen. Schließlich bleibt noch die fünfte Möglichkeit, dass ecuadorianische Emigranten einen Teil ihres im Ausland verdienten Geldes an Verwandte und Bekannte im Heimatland überweisen.

"Die Überweisungen der Emigranten halten die Dollarisierung aufrecht", ist sich Ex-Zentralbank-Direktor Mario Prado sicher. In der Tat lagen nach den Daten der Zentralbank Ecuadors die Überweisungen der ecuadorianischen Emigranten im Jahr 2001 mit etwa 1,4 Milliarden US-Dollar auf Platz zwei der Devisenbringer, übertroffen nur noch vom Erdölexport. Eine beeindruckende Summe, die etwa 10 Prozent des gesamten Bruttoinlandsprodukts entspricht.

"Bis zur Jahrtausendwende sind 500.000 Ecuadorianer, das heißt mehr als 10 Prozent der ökonomisch aktiven Bevölkerung, aus dem Land ausgewandert", hat Alberto Acosta festgestellt. Ihre Überweisungen in die Heimat würden ein Wirtschaftswachstum und einen neuen Wohlstand

in Ecuador vorspiegeln, kritisiert der Volkswirt Armando Pérez: "Paradoxerweise unterstützen jetzt die Emigranten die Dollarisierung, die sie aus dem Land getrieben hat."

Mario Prado rechnet in der Zukunft mit niedrigeren Überweisungen der Auswanderer: "Der erste Effekt der Emigration ist die Teilung der Familien. Jetzt lebt der Vater oder die Mutter in Spanien, Italien, Frankreich, Deutschland, Belgien oder den Vereinigten Staaten, aber morgen wird sich dieser Vater oder diese Mutter besser in diesen Länder integrieren und dann die Überweisungen an die Familie reduzieren." An weiter hohe Überweisungen glaubt dagegen Mauricio Pozo: "Es könnte sein, dass sich die Emigranten besser in ihren Zielländern integrieren, so mehr Geld verdienen und dann auch mehr überweisen." Außerdem zeigten die Erfahrungen anderer lateinamerikanischer Länder mit starker Auswanderung wie El Salvador, dass die Überweisungen recht stabil blieben.

Sicheres Investieren

"Die Dollarisierung ist die bedeutendste Maßnahme der Regierung, um das Vertrauen der Investoren in das Land wieder zu gewinnen", analysiert die UN-Konferenz für Handel und Entwicklung UNCTAD die Investitionspolitik Ecuadors. In der Tat müssen sich Investoren seit der Dollarisierung nun keine Gedanken mehr über mögliche Abwertungen des Sucre mehr machen. Für US-amerikanische Firmen sind Auslandsinvestitionen in Ecuador nun sogar ganz ohne Währungsrisiko möglich, sagt Philipp Gotor-Schäffer von der deutsch-ecuadorianischen Handelskammer: "Wenn die hier einen Dollar für Maschinen und dergleichen investieren, haben die jetzt natürlich kein Risiko mehr, dass auf Grund der Inflation dieser Dollar verloren geht. Zum Beispiel weiß ich, dass sich dies positiv auf Coca-Cola ausgewirkt hat."

Trotz der Dollarisierung fallen aber die Auslandsinvestitionen in Ecuador im Vergleich zu anderen, nicht-dollarisierten lateinamerikanischen Staaten weiter gering aus. Während Chile, das mit 15 Millionen eine ähnlich große Bevölkerung wie Ecuador mit 12 Millionen hat, im Jahr 2001 ausländische Direktinvestitionen im Wert von 5,5 Milliarden US-Dollar anziehen konnte, brachte es Ecuador auf gerade einmal 1,3 Milliarden. "Die fehlende Rechtssicherheit macht das Land unattraktiv für Investoren", erklärt Bernard Bauer, Geschäftsführer der deutsch-ecuadorianischen Industrie- und Handelskammer in Quito, die mangelnde Bereitschaft ausländischer Unternehmen, im Andenstaat zu investieren: "Jeden Tag verabschieden Parlament und Regierung neue Gesetze."

So werden einige Wirtschafts-Sektoren in Ecuador weiter praktisch völlig von nationalen Firmen dominiert. "Es gibt hier gerade einmal eine Handvoll ausländischer Banken", sagt John Viault, Repräsentant der Dresdner Bank Lateinamerika in Quito, die zu den wenigen ausländischen Kreditinstituten in Ecuador gehört, "aber vielleicht werden es ja mit der Dollarisierung mehr." Doch auch John Viault hält die Dollarisierung für kein Allheilmittel, um

mehr Investitionen anzuziehen: "Man benötigt ein starkes Rechtssystem, um die Rechte der Investoren zu sichern. Das fehlt hier aber. Wir brauchen mehr Reformen, um die Korruption in Ecuador zu beseitigen."

Die Last der Auslandsschulden

Ecuador ist mit Argentinien das einzige lateinamerikanische Land, das seine Schuldzahlungen in den letzten fünf Jahren eingestellt hat. Im September 1999 stoppte die ecuadorianische Regierung die Rückzahlung der so genannten *Brady Bonds*, US-Dollar-Anleihen aus einer Umstrukturierung nach der Schuldenkrise der 80er Jahre. Wenig später wurden auch die auf Euro lautenden Anleihen nicht mehr bedient. In einer neuen Umschuldungsinitiative tauschte Ecuador Mitte 2000 die alten Anleihen in neue, so genannte *Global Bonds*, mit längeren Laufzeiten und geringeren Zinsen um. Das reduzierte die Schuldlast nach Berechnungen des IWF um etwa 40 Prozent. Aber selbst nach dieser erneuten Umschuldung ist die Last der Verbindlichkeiten Ecuadors mit etwa 80 Prozent des Bruttoinlandsprodukts höher als in Argentinien vor dem Beginn der dortigen Schuldenkrise Ende 2001, wo sie 55 Prozent betragen hatte.

"Die bisherigen Modelle des Internationalen Währungsfonds und des so genannten Clubs von Paris der Gläubigerstaaten sind gescheitert", ist das Fazit von Monica Espinoza, Sprecherin der Erlassjahrkampagne aus Guayaquil. Auch nach der Schuldenreduzierung von Mitte 2000 wüssten die Ecuadorianer, dass ihre Schulden eigentlich nicht zurückzahlbar seien. "Auf jeden Ecuadorianer kommen fast 1.000 US-Dollar Auslands-Schulden", hat die ecuadorianische Volkswirtin Wilma Salgado ausgerechnet: "Etwa 30 Prozent des Staatshaushaltes fließen hier jedes Jahr in die Schuldentrückzahlung." Da blieben nur wenige Mittel für Investitionen in Gesundheit, Bildung und Infrastruktur übrig. Allein im Jahr 2003 kommen auf Ecuador Zinszahlungen und Tilgungen von 2,3 Milliarden Dollar zu – eine erneute Insolvenz droht.

Der ehemalige Staatssekretär im Wirtschaftsministerium und Ex-Zentralbank-Direktor, Mario Prado, schränkt ein: "Das Fälligkeits-Profil der Schulden ist schrittweise verbessert worden, so dass die Schulden langfristiger geworden sind." Die Schuldenlast sei dennoch weiter zu groß, meint dagegen der ehemalige Zentralbank-Präsident Mauricio Dávalos: "Wenn die Politiker nicht verstehen, dass alle Einnahmen aus dem Erdölgeschäft in die Reduzierung der Schulden fließen sollten, und wenn sie stattdessen das Geld ausgeben, ist Ecuador am Ende. Dann wäre unsere Zukunft verdammt."

Auch der Vertreter des IWF in Ecuador, Jeffrey Franks, hält die Schulden für weiter viel zu hoch. Er fordert, mittel- bis langfristig die Abhängigkeit der Staatseinnahmen vom Ölsektor zu verringern: "Der Ölpreis schwankt stark, was eine Menge Probleme für den Staatshaushalt verursachen könnte, wenn man keinen Weg findet, diese Einnahmen zu stabilisieren. Dazu kommt

noch, dass die Ölvorräte endlich sind. Sich über den Verkauf von Öl zu finanzieren, kann zwar ein paar Jahre lang gut funktionieren, aber dann ist das Öl am Ende, worauf man sich vorbereiten sollte."

Die tiefrote Handelsbilanz Ecuadors

"Der größte Erfolg der Dollarisierung war es, die Abwertung gestoppt zu haben. Aber dieser Erfolg wird bald die Ursache für das Scheitern der Dollarisierung sein", sagt Alberto Acosta. Die Dollarisierung habe das Land Wettbewerbsfähigkeit gekostet, da man im Gegensatz zu den lateinamerikanischen Nachbarländern nun nicht mehr abwerten könne.

Die durch die Inflation gestiegenen Kosten hätten sich negativ auf die Wettbewerbsfähigkeit der ecuadorianischen Firmen im Ausland ausgewirkt, ist auch Luis Maldonado, der ehemalige Präsident des Verbandes der ecuadorianischen Exporteure, überzeugt: "Normalerweise hätten bereits die notwendigen Korrekturen über Abwertungen stattgefunden, aber da die Währung nicht mehr unsere eigene ist, ist das nicht möglich. Vor allem die Abwertungen in den Nachbarländern wie Kolumbien und Peru oder auch in Venezuela, Brasilien oder Chile verringern die Wettbewerbsfähigkeit der ecuadorianischen Produkte, machen die Importe von Gütern aus diesen Ländern günstiger und benachteiligen so unsere Exporte." Negative Konsequenzen sieht Maldonado vor allem im Nahrungs- und Lebensmittelsektor – er besitzt selbst mit Schullo eine Firma dieses Wirtschaftszweigs. Hinter seinem Schreibtisch sucht er ein altes Honigglas, das noch eine Aufschrift für den Export trägt, und stellt mit einem frustrierten Gesichtsausdruck fest, dass seine Firma praktisch nichts mehr exportiere, sondern im Gegenzug angefangen habe, Vorprodukte zu importieren.

Philipp Gotor-Schäffer, stellvertretender Geschäftsführer der deutsch-ecuadorianischen Handelskammer, meint, dass die Produkte Ecuadors inzwischen international zu teuer geworden sind: "Wir müssen sagen, dass Ecuador auf Grund des Dollars völlig an Wettbewerbsfähigkeit gegenüber seinen Nachbarländern eingebüßt hat. Es ist in keinerlei Weise mehr konkurrenzfähig."

Die geringe Wettbewerbsfähigkeit des Landes spiegelt sich auch in den Ranglisten der britischen Analysefirma *Economist Intelligence Unit* wieder. Im regionalen Vergleich Südamerikas lag Ecuador im Zeitraum 1997 bis 2001 auf dem letzten Platz, weltweit unter 60 Staaten gar auf Platz 56. "Das spiegelt die schlechte Infrastruktur, eine Geschichte der makroökonomischen Instabilität und häufige politische Krisen wieder", analysiert Justine Thody. Auch Ex-Zentralbank-Präsident Mauricio Dávalos sieht in den vergangenen Jahren große Versäumnisse und erklärt mit besorgter gerunzelter Stirn: "Wenn sich das Land seit dem ersten Tag der Dollarisierung der Probleme für die Wettbewerbsfähigkeit bewusst gewesen wäre und alles

unternommen hätte, um die Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern, dann hätten wir vielleicht noch Zeit gehabt, um in dem Bereich nach vorne zu kommen."

Wirtschafts- und Finanzminister Mauricio Pozo hält Abwertungen aber für keine Alternative: "Einige Exporteure glauben wohl, dass das Land, nur weil es nicht mehr abwerten kann, nicht mehr wettbewerbsfähig ist. Ich glaube aber, dass dahinter andere Probleme stecken: in erster Linie hohe Kosten und niedrige Qualität." Dem schließt sich John Viault von der Dresdner Bank Lateinamerika an: "Die Produktions- und Transportmethoden müssen verbessert werden, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Das musste lange Jahre nicht getan werden, da sich die Produzenten immer gesagt haben: 'Der Sucre wird schon abgewertet werden und dann kann ich meine Produkte schon weiter exportieren.'"

Die Unternehmerin Joyce de Ginatta aus Guayaquil hält es gar für dumm, über Abwertungen wieder wettbewerbsfähig zu werden, weil man dadurch die Armut exportiere. "Warum?" fragt die energische Geschäftsfrau, um sich dann selbst zu antworten: "Weil Abwertungen die Kaufkraft verringern, und die Menschen dadurch verarmen."

"Kann es ethisch sein, dass die gesamte Gesellschaft durch die negativen Effekte der Abwertungen Opfer bringt, nur damit der Export-Sektor wieder wettbewerbsfähig wird?" hinterfragt auch Mario Prado. Für ihn muss die Wettbewerbsfähigkeit in erster Linie aus neuen Produktions-Technologien und aus Investitionen in Forschung resultieren. Er hält die Debatte für kurios: "Die gleichen linken Politiker, die früher gegen die Abwertungen gekämpft haben, da diese die rechten Unternehmer des Landes begünstige, schreien heute, die Dollarisierung koste Wettbewerbsfähigkeit und fordern eine Abwertung."

El Comercio-Journalist Rodrigo Romero sieht sein persönliches Vermögen durch die Dollarisierung geschützt: "Früher wäre es normal gewesen, dass nach einer Abwertung Venezuelas, Ecuador ebenfalls abwertet, um auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben." Danach hätte er sich aber in Dollar gerechnet für seine Sucre weniger kaufen können. "So ist die Dollarisierung in einer von Abwertungen geprägten Region ein Vorteil für mich als Verbraucher."

Die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der ecuadorianischen Produkte hat in der Zahlungsbilanz aber bereits tiefe Spuren hinterlassen. Nachdem Ecuador jahrelang eine positive Handelsbilanz aufgewiesen hatte, färbte sich diese im Jahr 2001 tiefrot ein. Im Jahr 2000 hatte das Andenland noch ein Überschuss von 1,5 Milliarden US-Dollar erwirtschaftet. Dagegen verzeichnete es im Jahr 2001 ein Defizit von insgesamt 447 Millionen US-Dollar und 2002 gar von 1,5 Milliarden, was insgesamt 7,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts entsprach. Ex-Zentralbankchef Eduardo Valencia, heute Leiter des Wirtschaftsinstituts der *Universidad Católica* in Quito, sieht das Land

gar in eine Zahlungsbilanzkrise schlittern: "Ecuador hat zwar eine Dollarisierung, aber keine Dollars", warnt er eindringlich.

Für das wachsende Handelsdefizit sind in erster Linie die stark gestiegenen Importe verantwortlich. Vor allem ausländische Konsumgüter erfreuen sich bei den Ecuadorianern großer Beliebtheit. Beispielsweise stieg der Import von Kraftfahrzeugen aus Deutschland zwischen 2000 und 2001 auf das Sechsfache. Für Alberto Acosta von der Friedrich-Ebert-Stiftung ist das Handelsbilanzdefizit ein klares Zeichen: "Ecuador ist in der Wechselkursfalle gefangen."

Urlaubsfreuden in Dollar

Zumindest für die Touristen, die in Ecuador die Galapagos-Inseln oder koloniale Altstädte wie Quito und Cuenca besuchen wollen, hat die Dollarisierung aber zuerst einmal eine gewisse Vereinfachung gebracht. Vor allem für die Reisenden aus den USA, die nach den Kolumbianern die zweitmeisten Touristen in Ecuador stellen, fällt seitdem der lästige Währungsumtausch weg. Auch Besuchern aus anderen Ländern Lateinamerikas oder Europäern fällt der Umgang mit Dollars leichter als mit Sucres.

Dennoch ist die Dollarisierung auch im Bereich Tourismus mit Risiken verbunden. Vor allem die anhaltend hohe Inflation gefährdet die Wettbewerbsfähigkeit der ecuadorianischen Tourismusbranche. Die steigenden Preise schlagen sich auch auf die Kosten der Hotels, Restaurants oder auch der Reiseveranstalter nieder. Wenn diese ihrerseits die Preise erhöhen müssen, um profitabel zu bleiben, wird das Land für ausländische wie inländische Erholungssuchende teurer und damit weniger attraktiv. Dennoch, bisher hat die Dollarisierung dem Tourismus nicht all zu sehr geschadet, sagt Volker Feser, Leiter des Reisebüros Salsa Reisen und Autor eines Reiseführers zu Ecuador. "Die Preise haben sich nicht nur verteuert", widerspricht er dem allgemeinen Eindruck, "so sind Busfahrten nicht teurer als vor zehn Jahren. In einigen Hotels sind zwar die Preise gestiegen, dafür kann man aber jetzt in anderen günstiger übernachten."

Heinz Linsker, Geschäftsführer des renommierten Luxushotels *Hilton Colón* in Quito, kann der Dollarisierung eher Positives abgewinnen: "Wenn ein Gast aus dem Ausland zu uns kommt, und wir ihm sagen, dass ein Zimmer 100 US\$ kostet, dann kann er mit dem Wert gleich etwas anfangen. Wenn ich ihm dagegen sage, dass es 100.000 Sucres kostet, wird er sofort nach dem Wechselkurs fragen." Linsker, der vor seiner Arbeit in Quito das Plaza-Hotel in Bogotá leitete, hat aber auch negative Veränderungen festgestellt. Das betraf vor allem den grenzüberschreitenden Tourismus zwischen Kolumbien und Ecuador: "Früher sind die Kolumbianer nach Ecuador zum Einkaufen gefahren. Heute fahren die Ecuadorianer nach Kolumbien zum Einkaufen, da hier durch die Dollarisierung alles teurer geworden ist."

Auch Volker Feser sieht Probleme durch die Dollarisierung: "Manche Leute können und wollen mit einer harten Währung einfach nicht umgehen", sagt er und kritisiert besonders die Gewohnheit, auf gerade Dollar-Beträge aufzurunden: "Wenn zum Beispiel am Strand ein Dollar für eine Kokosnuss verlangt wird, dann ist das eindeutig zu viel." Mehr als die Dollarisierung beunruhigt ihn aber der Bürgerkrieg im benachbarten Kolumbien: "Das könnte die Touristenzahlen auch in Ecuador nach unten drücken." Dabei ist der Tourismus ein wichtiger Devisenbringer. So brachten die 608.000 ausländische Touristen, die Ecuador im Jahr 2001 besucht haben, etwa 430 Millionen US-Dollar ins Land. Das entspricht immerhin fast neun Prozent der Exporteinnahmen.

Die Petrodollars

"Mit der Steigerung der Produktion und des Exports von Erdöl hofft man die Dollarisierung aufrecht erhalten zu können", analysiert Alberto Acosta. Mit den Devisen-Einnahmen aus der Erdölförderung solle die zunehmend defizitäre Handelsbilanz ausgeglichen werden. Es gehe darum, die maximale Menge an Rohöl zu fördern und zu transportieren, sagt Acosta. "Das verzweifelte Bemühen, das Angebot an Dollars zu erhöhen, bringt Ecuador in eine Petrodollarisation, in der die Umweltschäden und die politischen Spannungen gefährlich zunehmen." Die Natur werde damit zum Verlierer der Dollarisierung, da sich die meisten Ölfelder inmitten der ökologisch sensiblen Amazonas-Regenwälder befänden: "Ecuador wird, um die Dollarisierung zu erhalten, die Natur durch eine höhere Erdölförderung stärker ausbeuten müssen."

Die Bedeutung des Erdöls in der ecuadorianischen Wirtschaft ist gewaltig. Etwa ein Fünftel des Bruttoinlandsprodukts stammt aus dem Erdöl- und Minensektor. Noch bedeutender ist die Petroleumwirtschaft im Bereich der Exporte: Mit 1,9 Milliarden US-Dollar stellten Erdöl und Erdölprodukte im Jahr 2001 etwa 41 Prozent der Ausfuhren – mehr als alle anderen traditionellen "Exportschlager" des Landes wie Bananen, Krabben, Fisch, Blumen und Kakao zusammen. "Durch den relativ hohen Ölpreis und die Überweisungen der Emigranten konnte die Dollarisierung bisher beibehalten werden", bilanziert Eduardo Valencia, Volkswirtschaftsprofessor der Katholischen Universität in Quito. Die Erdölexporte hätten erhebliche Devisenmengen ins Land gebracht und so die Geldmenge erhöht.

Geradezu erdrückend ist das Gewicht der Erdölindustrie bei den ausländischen Direktinvestitionen: In den Erdöl- und Minenbereich flossen im Jahr 2000 über 94 Prozent der ausländischen Investitionen. Das größte Projekt ist derzeit der Bau einer neuen Schwerölpipeline. Die *Oleoducto de Crudos Pesados* – OCP genannte Leitung soll ab Ende 2003 insgesamt 450.000 Barrel Öl pro Tag von den Fördergebieten im Amazonas-Regenwald über die Andenkette zu den

Verladehäfen am Pazifik transportieren. In den Bau der Pipeline investiert ein Konsortium von fünf internationalen Ölfirmen, darunter die spanische Repsol, die italienische AGIP und die nordamerikanische Occidental, insgesamt 1,2 Milliarden US-Dollar. Die ecuadorianische Regierung sieht in der OCP eine Chance, den Staatshaushalt durch zusätzliche Einnahmen aus der Erdölförderung zu stabilisieren und neue Auslandsinvestitionen anzuziehen.

"Die Mehrheit dieses Geldes wird allerdings nicht im Lande bleiben", bestreitet Ivonne Ramos von der Umweltgruppe *Acción Ecológica* den wirtschaftlichen Gewinn, "ein Großteil des Baumaterials wird aus Argentinien oder Brasilien eingeführt; außerdem muss die OCP für den Bau der Pipeline keine Mehrwertsteuer bezahlen." Die Umweltschützerin kritisiert aber vor allem auch die Umweltschäden, die durch dieses Projekt verursacht werden. So zerschneide die Trasse wertvolle Naturgebiete wie den Nebelwald von Mindo-Nambillo am Abhang der Anden westlich von Quito.

Die Erdölspur im Nebelwald

Um diesen Nebelwald zu schützen, blockierten dort ecuadorianische Umweltaktivisten vom 2. Januar 2002 bis zu ihrer gewaltsamen Vertreibung durch die Polizei am 25. März 2002 den Bau der Schwerölpipeline *Oleoductos de Crudos Pesados* auf der Anden-Kordillere bei Mindo. "Wir sorgen dafür, dass der Schutzwald von Mindo nicht durch die OCP beschädigt wird", sagte Wilfrido Vaca von der Umweltgruppe *Acción por la Vida* bei einem Besuch im Camp der Umweltschützer. "Das ist einer der wenigen Nebelwälder, die es noch auf der Welt gibt."

"Die Route der OCP ist extrem von Erdbeben, aktiven Vulkanen und Erdrutschen gefährdet", zählt Ivonne Ramos, Sprecherin von *Acción Ecológica*, die Probleme der Ölleitung auf: "Das trifft auf 167 der 503 Kilometer Gesamtlänge der Pipeline zu." Sie verweist auf die Erfahrungen mit ersten Öl-Pipeline des Landes, der 1972 erbauten SOTE. Diese ist nach den Statistiken der Umweltschützer insgesamt 50 Mal gebrochen und hat dabei 22 Menschen getötet.

Durch den Pipeline-Bau sieht Ricardo Buitrón, Waldexperte von *Acción Ecológica*, auch die Natur schonende Lebensweise der Bewohner der Region Mindo gefährdet: "Die Leute haben hier gelernt, mit der Natur und dem Naturschutz zu leben und zu wirtschaften." Dem stimmt auch Wilfrido Vaca zu: "Wir hier in Mindo leben direkt oder indirekt vom Öko-Tourismus und von der Fischzucht." Jährlich reisen tausende Öko-Touristen nach Mindo, da diese Region zu den vogelreichsten Gegenden der Welt gehört. Nach Angaben von *Acción Ecológica* finden sich im Wald von Mindo-Nambillo fünf Prozent aller weltweit existierenden Vogelarten.

Der Kredit aus Nordrhein-Westfalen

Für Wilfrido Vaca ist es besonders traurig, dass ausgerechnet eine deutsche Bank das Konsortium zur Finanzierung der OCP anführt. Er erinnert sich noch daran, dass deutsche Umweltorganisationen vor 15 bis 20 Jahren einen wichtigen Beitrag dazu leisteten, dass die Bewohner von Mindo anfangen, ihre Wälder zu schützen: "Aber jetzt kommt aus Deutschland die Westdeutsche Landesbank und finanziert die Pipeline. Wir brauchen aber keinen Kredit, mit dem unsere Wälder zerstört werden – das einzige, was wir haben."

Umweltschützer von Greenpeace Deutschland haben im Frühjahr 2002 die komplette Route der im Bau befindlichen Pipeline von Lago Agrio im Osten des Landes über die Hauptstadt Quito bis nach Balao an der Pazifikküste bereist. Sie zeigten sich schockiert über das Ausmaß der Zerstörung: "Für ist der Fall OCP und WestLB das perfekte Beispiel für das Versagen der Regierungen beim Schutz der tropischen Regenwälder", sagt Michaela Braun, Waldexpertin von Greenpeace. "Seit dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Rio vor 10 Jahren reden die Regierungen nur und tun nichts gegen die Zerstörung der Urwälder."

Auch Ivonne Ramos von *Acción Ecológica* appelliert an die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen, den 900 Millionen Dollar-Kredit unter Führung der WestLB zu stoppen: "Die Landesregierung kann sich nicht hinter der Bank verstecken, da ihr 43 Prozent der WestLB gehören. Die rot-grüne Regierung sollte sich an ihre eigenen politischen Ziele wie den Schutz der Tropenwälder halten." Simone Miller von Greenpeace sieht neben der Landesregierung auch die nordrhein-westfälischen Sparkassen in der Verantwortung: "Die beiden Sparkassen-Verbände in Nordrhein-Westfalen halten jeweils knapp 17 Prozent der Anteile an der WestLB."

Die WestLB selbst verweist in ihren Stellungnahmen immer wieder darauf, dass sie sich bei all ihren Infrastruktur-Projekten an die als relativ streng geltenden Weltbank-Umweltstandards halten würde. Außerdem biete der Bau der Pipeline mit geschätzten Exporteinnahmen von jährlich 2,2 Milliarden US-Dollar große ökonomische Chancen, erklärte WestLB-Direktor Andreas Seibert in einer Stellungnahme vor dem Landtag Nordrhein-Westfalens.

Eine vom Tropenökologen Robert Goodland im September 2002 erarbeitete, unabhängige Studie kommt allerdings zum Ergebnis, dass in mehreren Punkten des OCP-Projektes eindeutig Weltbank-Standards verletzt worden sind. Dabei ist Goodlands Urteil von besonderer Bedeutung, schließlich hat er in seinen 25 Jahren Tätigkeit bei der Weltbank deren Umweltstandards wesentlich mitentwickelt. Goodland wirft der OCP-Betreibergesellschaft unter anderem vor, sie habe mögliche Alternativrouten nicht ausreichend geprüft. Die jetzige, umstrittene Route sei bereits 1999 beschlossene Sache gewesen. Auch erste Bauarbeiten hätten damals bereits begonnen – über ein Jahr vor der Umweltverträglichkeitsstudie. Damit habe die OCP die Weltbank-

Standards verletzt, nach denen die Entscheidung für eine bestimmte Route erst nach der Studie fallen dürfe.

Außerdem ignoriert die OCP-Umweltverträglichkeitsstudie die Folgen der durch die Pipeline verdoppelten Ölproduktion in der Amazonas-Region. Dort müssen große Ölfelder in bisher weitgehend unberührten Regenwald-Gebieten neu erschlossen werden, um die neue Pipeline zu füllen. Die ecuadorianische Regierung hat bereits neue Ölkonzessionen im Amazonas-Gebiet vergeben – teilweise auf Indianer-Territorium und in Naturschutzgebieten.

Aber trotz der Studie von Robert Goodland und der scharfen Kritik zahlreicher Umweltorganisationen wie Rettet den Regenwald, Pro Regenwald und Greenpeace hält die WestLB an der Finanzierung der Pipeline fest. Hinweise auf die Verletzung der Weltbankstandards werden mit dem Verweis auf eine Gegenstudie von Stone & Webster, einer Beratungsfirma aus der US-Ölmetropole Houston, abgetan.

Die Weltbank selbst zeigt sich "tief beunruhigt" über die möglichen Konsequenzen des Baus der OCP-Pipeline auf ihr Projekt eines Biodiversitäts-Korridors in Ecuador. Ein nicht umweltgerechter Bau und der Betrieb der Pipeline riskiere den "Verlust von natürlichen Lebensräumen durch Abholzung, Waldbrände und illegales Jagen, erleichtert durch die zum Bau der Pipeline angelegten Zufahrts-Wege", schreibt der Chef der Weltbank-Abteilung für nachhaltige Entwicklung, Ian Johnson, in einem Brief an die OCP und die ecuadorianische Regierung. "Ein Leck beispielsweise nach einem Erdbeben kann die Verseuchung von bisher unverschmutzten Flüssen mit einzigartigem Wasserleben verursachen." Außerdem forderte Johnson die OCP und die WestLB auf, den Namen der Weltbank nicht mehr mit dem Projekt in Verbindung zu bringen, bevor nicht von unabhängiger Seite die Einhaltung der Umweltstandards der Bank zertifiziert worden sei.

Tropenwaldschutz als Luxus?

Ricardo Buitrón, Waldexperte der Umweltgruppe *Acción Ecológica*, sorgt sich besonders um das Amazonas-Gebiet: "Die höhere Transportkapazität durch die OCP bedeutet die Erweiterung der Ölgrenze: Zusätzliche Naturschutzgebiete und Indianerterritorien werden erschlossen werden, um Schweröl zu fördern." Auf die Frage, wie es denn möglich sei, dass in Naturschutzgebieten Erdöl gefördert werde, antwortete der Staatssekretär im Umweltministerium, Hans Thiel: "Wir können uns den Luxus nicht erlauben, in diesen Gebieten kein Öl zu fördern."

Für Alberto Acosta überdecken die von der ecuadorianischen Regierung angeführten wirtschaftlichen Vorteile die tatsächlichen Probleme der Pipeline: "Es interessiert sie nicht, dass der Transport von Schweröl die Wasserversorgung von Quito gefährden könnte. Es gibt auch

keinerlei Beunruhigung von offizieller Seite über die Risiken, die damit verbunden sind, dass die Pipeline durch elf wunderbare Naturschutzgebiete führt, unter ihnen das Naturparadies Mindo. Und sicher berücksichtigt man dabei auch nicht die erhöhte Umweltzerstörung im Amazonas-Gebiet, selbst in geschützten Zonen wie dem Yasuní-Nationalpark und deren Auswirkungen auf die Bewohner der Region."

Die Abhängigkeit des Staates vom Öl beunruhigt Notenbankchef Mauricio Yépez: "Ecuador braucht einen stärkeren Nicht-Erdöl-Sektor, da wir nicht vom Erdöl abhängen dürfen." Aber dennoch ermögliche das Erdöl das jetzige Wirtschaftswachstum, so dass man nicht ganz darauf verzichten könne: "Wir müssen einen Ausgleich zwischen dem Umweltschutz und der Erdölproduktion finden."

IWF-Vertreter Jeffrey Franks befürchtet, dass Ecuador nach der Inbetriebnahme der OCP die so genannte "Holländische Krankheit" bekommen könnte, wenn die zusätzlichen Einnahmen nicht in einem speziellen Fonds geparkt werden. Benannt wurde dieses Phänomen nach den Problemen, die Holland in den 70er Jahren mit der Entdeckung von Gasfeldern erlebt hat. "Die zusätzliche Nachfrage durch die Inbetriebnahme der OCP Ende 2003 könnte zu einer höheren Inflation führen", sagt Franks. Das sollte vermieden werden, denn damit könnte der Ölsektor alle anderen Wirtschaftsbereiche verdrängen. "Das darf in Ecuador nicht passieren, da dies mit der Dollarisierung absolut tödlich wäre."

Argentinien lässt grüßen

Welche Probleme ein sehr festes Wechselkursregime verursachen kann, wenn die Politik nicht stimmt, konnte man in den vergangenen Jahren in Argentinien sehen. "Ecuador wird sicher ein zweites Argentinien werden", malt der ehemalige Zentralbank-Präsident Eduardo Valencia düstere Prognosen an die Wand. "Ecuador hat ein System übernommen, das im Prinzip dem früheren Currency Board Argentiniens gleicht." Die Dollarisierung Ecuadors sei sogar noch schärfer als das Currency Board, da man vollständig den Dollar übernommen habe. In Argentinien habe es dagegen weiter eine eigene Währung gegeben.

"Wir müssen jetzt schon über einen Plan B nachdenken, der verhindert, dass wir in Ecuador die gleichen Probleme bekommen wie in Argentinien. Dort wurde das Currency Board verlassen, ohne dass man vorher einen Plan gehabt hätte", warnt auch Luis Maldonado. Die drastischsten Worte findet León Roldós, Rektor der Uni Guayaquil und unterlegener Kandidat der Sozialisten bei den Präsidentschaftswahlen 2002: "Wie in Argentinien wird in Ecuador die Dollarisierung explodieren." Dennoch sieht Roldós keine Chance, bereits in der derzeitigen Regierungsperiode von 2002 bis 2006 die Dollarisierung zu beenden, da dies zu viel Unruhe bringen würde: "Ich glaube, dass Stabilität die Grundlage für ein Wirtschaftswachstum ist." Aber man könne bereits

jetzt wichtige Schritte unternehmen, um später wieder zu einer eigenen Geldpolitik zurückzufinden.

Zentralbankchef Mauricio Yépez hält jedoch den Vergleich mit Argentinien nicht für angebracht: "Das Problem Argentiniens ist, dass sie mit dem Currency Board immer die Möglichkeit hatten, die Parität zum Dollar zu ändern. Diese Option gibt es in Ecuador nicht mehr." Durch die vollständige Dollarisierung habe Ecuador im Gegensatz zu Argentinien, das mit seinem Currency Board eine eigene Währung beibehalten hatte, keine Möglichkeit mehr, den Kurs zum Dollar zu ändern.

Zurück zu einer eigenen Währung?

Seit zwei Jahren arbeitet das alternative Wirtschaftsforum *Foro Ecuador Alternativo* an einem Plan, um die Dollarisierung zu verlassen. "Wir brauchen vor allem wieder eine eigene unabhängige Geldpolitik", sagt das Forumsmitglied Luis Maldonado, "eine Geldpolitik, die Investitionen, Produktion und Wachstum im Land ermöglicht und einen Verlust von Arbeitsplätzen verhindert." Der Plan des Forums bestehe darin, eine neue Währung zu schaffen. "Die könnte wieder Sucre heißen, da die Verfassung nicht geändert wurde und immer noch festlegt, dass die nationale Währung der Sucre ist."

Ex-Zentralbankchef Eduardo Valencia, ebenfalls Mitglied im Forum, könnte sich auch vorstellen, die neue Währung Ecuadorianischer Dollar (*Dólar Ecuatoriano*) zu nennen. Er plädiert dafür, der Zentralbank per Verfassungsänderung ein Limit zur Ausgabe des neuen Geldes zu setzen, um eine Inflation zu verhindern. Beispielsweise könnte man die Emission neuen Geldes durch die Zentralbank auf das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts beschränken.

Auch Alberto Acosta hält es beim Ausstieg aus der Dollarisierung für unverzichtbar eine sehr vertrauenswürdige Wirtschaftspolitik zu betreiben: "Wir wollen einen Fortschritt und keinen Rückschritt. Zum anderen – und das ist der Grundgedanke, um aus der Dollarisierung raus zu kommen – darf man von niemandem verlangen, dass er seine Dollars zurück geben muss." Sonst sei die Akzeptanz des Plans gefährdet. Acosta ist davon überzeugt, dass es nötig ist, bald zu handeln: "Ich sehe die Dollarisierung als Zeitbombe, deren Lunte bereits brennt und bei der es sehr schwer ist, diese Lunte wieder zu löschen. Wir müssen die Bombe wegwerfen, um einen intelligenten Ausweg zu finden." Luis Maldonado stimmt dem zu: "Die Parteien im Kongress sollten sich darüber im klaren sein, dass es tödlich ist, dieses System eines festen Wechselkurses beizubehalten."

All zu große Erwartungen sollte man laut Alberto Acosta aber nicht an ein Ende der Dollarisierung knüpfen: "Es wäre ein schwerer Fehler, zu glauben, dass alle Probleme auf die

Dollarisierung zurück zu führen sind, und dass wir diese alle mit dem Ende der Dollarisierung lösen könnten. Dennoch sollten wir uns daran machen, bewusst an einem Ausweg aus der Dollarisierung zu arbeiten." Für problematisch hält Acosta allerdings den Zeitpunkt, die Dollarisierung zu verlassen. Der volkswirtschaftlich geeignetste Moment sei politisch meistens eher ungünstig: "Solange die Wirtschaft in diesen Flitterwochen nach dem Start der Dollarisierung weiter wächst, solange es vor allem auf Grund der neuen Ölpipeline neue Exporte und Investitionen gibt, könnte man über einen Ausstieg nachdenken. Aber die Leute werden fragen, warum wir die Dollarisierung aufgeben sollen, wenn es uns doch gut geht."

Jeffrey Franks vom IWF zeigt sich über eine mögliche Aufgabe des Dollars skeptisch: "Ich glaube, dass alle politischen Entscheidungen reversibel sind. Aber die Dollarisierung gehört wahrscheinlich zu den Entscheidungen, die am schwierigsten rückgängig machbar sind." Man müsse praktisch von Null anfangen, da man die eigene Währung eliminiert habe. An einem möglichen Ausstieg zweifelt auch Wirtschafts- und Finanzminister Mauricio Pozo: "Bis heute hat noch kein einziges dollarisiertes Land zu einer eigenen Währung zurückkehren können."

Philipp Gotor-Schäffer sieht ebenfalls wenig Chancen, eine neue eigene Währung durchzusetzen: "Niemand würde sie wollen, auch wenn es volkswirtschaftlich sinnvoll wäre. Das ist das Grundproblem. Auf Grund schlechter Erfahrungen würden die Leute das wohl nicht akzeptieren – nicht wegen des Sucres, sondern auf Grund des mangelnden Vertrauens in die Banken und vor allem auch in die Regierung."

"Eine Rückkehr zum Sucre wäre ein erneuter Klau", befürchtet Armando Pérez von der Uni Quito. "Man würde eine Rückkehr zum Sucre für eine immense Abwertung von 50 oder 100 Prozent benutzen." Er hält aber eine regionale Währung analog zum Euro in der Andengemeinschaft aus Bolivien, Peru, Ecuador, Kolumbien und Venezuela für eine sinnvolle Alternative zum Dollar: "Eine solche Gemeinschaftswährung würde den lateinamerikanischen Markt vergrößern und Lateinamerika erlauben, besser mit den USA oder Europa zu verhandeln."

Dollar für immer?

"In zehn Jahren werden wir immer noch mit dem Dollar zahlen", gibt sich Zentralbank-Präsident Mauricio Yépez sicher. Auch Mauricio Dávalos hält eine Abkehr vom Dollar, trotz der von ihm befürchteten Probleme, für eher unwahrscheinlich: "Die Dollarisierung bedeutet, nach der Landung die Schiffe zu verbrennen, um nicht mehr nach Hause zurückkehren zu können, so wie das Hernán Cortes bei der Eroberung Mexikos getan hat." Ein möglicher Ausweg aus der Dollarisierung würde extrem schmerzhaft sein: "Das, was Argentinien beim Ende des Currency Boards durchgemacht hat, ist nur eine leichte Vorahnung an das, was mit Ecuador passieren könnte, wenn wir scheitern."

Die politische Entwicklung seit den Präsidentschaftswahlen im November 2002 gibt Yépez und Dávalos recht. Die Wahl gewann der linksgerichtete Oberst Lucio Gutiérrez, unterstützt von einer Koalition aus seiner Partei *Partido Sociedad Patriótica 21 de Enero – PSP*, der marxistischen Gruppe *Movimiento Popular Democrático – MPD* sowie der Indigena-Bewegung *Pachakutik*. Allgemein war erwartet worden, dass Gutiérrez nach seinem Amtsantritt am 15. Januar 2003 die Dollarisierung beenden könnte. Schließlich war er einer der Anführer des Putsches im Januar 2000 gegen den damaligen Präsidenten Jamil Mahuad und dessen Dollarisierungs-Pläne gewesen. Außerdem hatte sich die Indigena-Bewegung Pachakutik in den vergangenen Jahren als Gegner der Dollarisierung profiliert. Doch Gutiérrez schlägt inzwischen einen Pro-Dollarisierungskurs ein. Es gelte diese zu stabilisieren und nicht den Dollar abzuschaffen, hat er seine frühere Meinung revidiert.

Jeffrey Franks sieht auf Ecuador allerdings noch eine Menge Arbeit zukommen, um die Volkswirtschaft für die Dollarisierung ausreichend zu flexibilisieren: "Wenn man einen völlig festen Wechselkurs wählt, dann müssen alle anderen Teile der Wirtschaft flexibel sein, um wirtschaftliche Schocks aufzufangen. Das bedeutet flexible Arbeitsmärkte, flexible Kapitalmärkte und eine effiziente und flexible Infrastruktur und Dienstleistungen als Grundlage für die gesamte Wirtschaft."

Wirtschafts- und Finanzminister Mauricio Pozo sieht Ecuador an einem Wendepunkt: "Wir stehen an einem Punkt, ab dem die Dinge sich langsam weiter verbessern können, aber sie können auch schlechter werden", warnt Pozo. "Der Grund liegt darin, dass die tief greifenden Reformen, die das Land mit oder ohne Dollarisierung benötigt, nur sehr langsam vorankommen." Ohne die Reformen werde Ecuador aber bald in eine argentinische Krise schlittern.

Flexibilisieren oder Nationalisieren

Noch kann das Land den Wirtschaftsaufschwung nach dem Start der Dollarisierung dazu verwenden, die längst nötigen und immer wieder verschobenen Strukturreformen in Angriff zu nehmen, um Ecuador für die Dollarisierung fit zu machen. Alternativ oder auch in Ergänzung dazu könnte mit dem Ausstieg aus der Dollarisierung und dem Aufbau einer eigenen, stabilen Währung begonnen werden.

Wenn aber die Regierung den Staatshaushalt nicht ausreichend saniert, die Inflation nicht entschieden bekämpft und den Arbeitsmarkt nicht flexibilisiert, wird Ecuador früher oder später in einer tiefen Krise enden. So könnte ein stark fallender Ölpreis innerhalb weniger Monate eine Rezession, hohe Arbeitslosigkeit und einen Staatsbankrott auslösen. Dann hätte Ecuador vom Beispiel Argentiniens nichts gelernt.